



/digital

Wir vernetzen Land und Leute.

Digitalstrategie für das Land Rheinland-Pfalz

2026/2027

/ Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort | 3 |
| Management Summary | 4 |
| Einführung und aktueller Stand | 8 |
| Vision und Mission: Unser gesellschaftliches Zielbild 2030 | 12 |
| Austausch und Kommunikation: Unser Beteiligungsansatz | 16 |

Handlungsfelder

| | |
|---|----|
| Teilhabe an der digitalen Gesellschaft fördern | 18 |
| Digitale Transformation in Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit unterstützen | 28 |
| Digitale Chancen für Klima- und Umweltschutz nutzen | 38 |
| Zukunftsfähigkeit des Staates sicherstellen | 51 |

Querschnittsthemen

| | |
|-----------------------------------|----|
| Digitale Infrastruktur | 63 |
| Digitale Identitäten | 66 |
| Digitale Daten | 67 |
| Cyber- und Informationssicherheit | 70 |
| Zukunftstechnologien | 72 |

Governance und Weiterentwicklung: Unser Umsetzungskonzept

| | |
|---|----|
| Governance, Monitoring, Finanzierung, Weiterentwicklung | 74 |
| Glossar | 80 |
| Abbildungsverzeichnis | 85 |
| Abkürzungsverzeichnis | 86 |
| Impressum | 88 |

Sehr geehrte Herren und Damen,

die Digitalisierung verbessert spürbar das Leben der Menschen in Rheinland-Pfalz. Die durchgeführte Evaluation unserer Digitalstrategie zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind und mit unserem Digitalprogramm 2024/2025 schon viel erreicht haben. Beispielsweise bietet das Bildungsportal RLP den Lehrkräften unseres Landes einen Online-Arbeitsplatz. Im Jahr 2025 unterstützen über 700 ehrenamtliche Digital-Botschafterinnen und -Botschafter ältere Menschen beim Umgang mit digitalen Endgeräten. Der Digitalcheck integriert Digitalisierung von Anfang an in Gesetzgebungsprozesse und schafft weniger Bürokratie und schnellere Verfahren.

Unser übergeordnetes Ziel bleibt auch in Zukunft, die Potenziale der Digitalisierung verantwortungsbewusst, nachhaltig und gemeinwohlorientiert zu nutzen. Dabei setzen wir auf Transparenz und Teilhabe sowie Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Unsere Digitalstrategie soll kein starres Dokument sein, sondern ein dynamischer Kompass, in dem Ziele und Aktivitäten gebündelt werden und der Verbindlichkeit in der Umsetzung schafft.

Mit dem Digitalprogramm 2026/2027 wollen wir das Profil von Rheinland-Pfalz als digitalen Vorreiter in der Anwendung von Zukunftstechnologien stärker vorantreiben.

Wir danken allen, die mit ihrem Engagement und ihrer Expertise zur Umsetzung und Weiterentwicklung unserer Digitalstrategie beigetragen haben: den Fachleuten aller Ressorts, die in Workshops laufende Aktivitäten weitergedacht und neue Ideen für die Weiterentwicklung der Strategie

zusammengetragen haben; den Mitgliedern unseres Digitalrats, die in diesen Workshops wertvolle Impulse eingebracht und den Strategieprozess in ihren Sitzungen begleitet haben; und natürlich den Teilnehmenden des Digitalstrategietags im Juni 2025 in Worms, die unsere Arbeit kritisch und konstruktiv geprüft und mit neuen Vorschlägen ergänzt haben.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie soll den Alltag erleichtern, neue Möglichkeiten eröffnen und Vertrauen schaffen. Das gelingt nur, wenn wir für neue Chancen offenbleiben, dazulernen und die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Getreu unserem Motto „Wir vernetzen Land und Leute“ freuen wir uns darauf, weiter mit Ihnen im Dialog zu bleiben. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen. Für eine digitale Zukunft, die allen zugutekommt.

Ihr Alexander Schweitzer
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

Ihre Dörte Schall
Ministerin für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz



/ Management Summary

Im Jahr 2023 wurde die Digitalstrategie unter dem Motto „Wir vernetzen Land und Leute“ fortgeschrieben. Die Evaluation zeigt, wo wir auf diesem Weg bereits vorangekommen sind: Mit der Einführung des Digitalcheck denken wir Möglichkeiten der Digitalisierung nun konsequent bei jedem Gesetzgebungs- und Regelungsentwurf von Anfang an mit. Dadurch entfallen neue Schriftformerfordernisse. Mit dem Bildungsportal RLP bieten wir Lehrkräften nun einen Online-Arbeitsplatz. Der Tourismussektor profitiert vom digitalen Wissensschatz und der schon mehrfach ausgezeichneten E-Learning-Plattform. Aber der Bericht zeigt uns auch, wo wir noch konsequenter werden müssen, um die Chancen der Digitalisierung voll auszuschöpfen: Wir müssen das Profil von Rheinland-Pfalz als digitalen Vorreiter in der Anwendung von Zukunftstechnologien stärker vorantreiben. Als Landesregierung ist es **unser Anspruch, den digitalen Wandel auch weiter aktiv zu gestalten**. Die zweite Weiterentwicklung unserer Strategie haben wir nicht nur in ressortübergreifenden Austauschformaten diskutiert, sondern auch unter zielgerichteter Einbindung eines breiten Spektrums der rheinland-pfälzischen Gesellschaft. Auch bei ihrer Umsetzung und Weiterentwicklung wollen wir diesen breiten Kommunikationsansatz weiterverfolgen.

Der gemeinsame Orientierungspunkt unserer Strategie und damit unseres Handelns ist eine gesellschaftliche Vision für das Jahr 2030:

- Die Menschen in Rheinland-Pfalz verfügen über digitale Grundkompetenzen für selbstbestimmte, sichere und gleichberechtigte Teilhabe.
- Rheinland-Pfalz ist lebendiger und lebenswerter.
- Digitale Grundlagen für eine bedarfsgerechte Versorgung der Menschen sind geschaffen.
- Unternehmen finden noch bessere Voraussetzungen vor, um wettbewerbsfähig und innovativ zu sein.
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind attraktiv und zukunftsorientiert.
- Erwerbspersonen verfügen über gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten.
- Die Landesverwaltung ist klimaneutral und Rheinland-Pfalz auf dem besten Weg dorthin.



- Der Staat gestaltet aktiv die Rahmenbedingungen für die Zukunft und bietet den Menschen Verlässlichkeit und Krisenschutz.
- Städte und Gemeinden sind an die Auswirkungen der Klimafolgen angepasst und bestmöglich vor den Risiken geschützt.
- Das Naturerbe in Rheinland-Pfalz ist geschützt und die Ressourcen werden nachhaltig genutzt.
- Der Staat ist ein nutzerorientierter Dienstleister, der die Menschen mit ihren Begabungen und Möglichkeiten zielgerichtet unterstützt.
- Der Staat bietet seinen Mitarbeitenden beste Voraussetzungen, um die Anliegen der Menschen effektiv und effizient zu lösen.

Als Landesregierung verstehen wir **unsere Aufgabe** darin, den Rahmen für die Digitalisierung so zu setzen und gezielt Impulse über Förderungen, Netzwerkaufbau oder andere Aktivitäten zu geben, damit wir dieser Vision näherkommen. Dabei konzentrieren wir uns auf **vier Handlungsfelder und fünf Querschnittsthemen**, die für die erfolgreiche Gestaltung des digitalen Wandels besonders wichtig sind. Diese werden im Folgenden kurz vorgestellt. Wir setzen uns hier bis 2027 Etappenziele, die wir mithilfe von zielgerichteten Aktivitäten erreichen wollen.

Teilhabe an der digitalen Gesellschaft fördern:

Wir bieten digitale Bildung an, damit alle die Chance haben, selbstbestimmt und sicher an der digitalen Welt teilzunehmen. Die digitale Gesellschaft gestalten wir inklusiv, indem wir diejenigen, die beim Zugang benachteiligt sind, unterstützen und Barrieren abbauen. Wir sorgen durch Datenschutz und Verbraucherrechte dafür, dass sich die Menschen vertrauensvoll in der digitalen Welt bewegen und teilhaben können. Wir schaffen auch die Voraussetzungen, um das große Potenzial der Digitalisierung für eine intelligent vernetzte Versorgung der Menschen im Land zu nutzen. Damit sich alle Menschen in Rheinland-Pfalz zuhause fühlen, fördern wir gesellschaftliches Engagement und Kultur.

Digitale Transformation in Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit unterstützen:

Als Landesregierung wollen wir die Weichen stellen, damit alle Unternehmen und die Beschäftigten am Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz geeignete Rahmenbedingungen und Anreize für die digitale Transformation, den Einsatz digitaler Technologien und innovative Wertschöpfung erhalten. Wir unterstützen den Ausbau der digitalen Ausstattung in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie bei der Vernetzung zwischen

Wissenschaft und Wirtschaft, um technologische Innovationen schneller in die Anwendung bringen zu können. Wir unterstützen die Beschäftigten dabei, die Chancen der Digitalisierung und Transformation zu nutzen und ihren beruflichen Weg selbstbestimmt zu gestalten. Wir erleichtern die Aus-, Fort- und Weiterbildung, indem wir digitale und hybride Formate fördern. Für möglichst viel Selbstbestimmung in der Arbeitswelt der Zukunft entwickeln wir den gesetzlichen Rahmen stetig fort.

Digitale Chancen für den Klima- und Umweltschutz nutzen:

Mit den im Zuge der Digitalisierung generierten und ressortübergreifend vernetzten Daten sorgen wir für Transparenz auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele und für gute Rahmenbedingungen für unsere Städte und Gemeinden, um mit den Folgen des Klimawandels umgehen zu können. Wir sensibilisieren die Menschen für den Beitrag, den sie zum Klima- und Umweltschutz leisten können, fördern die Energie- und Mobilitätswende sowie die Digitalisierung der Energieinfrastrukturen und unterstützen Unternehmen dabei, ihre Energieeffizienz zu steigern und ressourcenschonend zu produzieren. Unsere eigenen Gebäude stattdessen wir mit effizienterem Energiemanagement aus. Relevante Planungs- und Genehmigungsverfahren gestalten wir digital.

Zukunftsfähigkeit des Staates sicherstellen:

Wir nutzen die Digitalisierung, um die Resilienz der Verwaltung in Krisensituationen zu stärken und die strategische Vorausschau zu verbessern. Hier setzen auch Formate für eine datenbasierte Steuerung und Automatisierung an, die wir konsequent nutzen möchten. Wir gestalten die Transformation der Verwaltung mit digitalen, automatisierten und vor allem anwenderfreundlichen Prozessen. Das schaffen wir nicht allein, daher ist der Auf- und Ausbau von Kooperationen

ein Schwerpunkt unserer Strategie. Zur Zukunftsfähigkeit des Staates tragen letztlich die Menschen bei, die für uns arbeiten. Daher stärken und schaffen wir attraktive Rahmenbedingungen für die Mitarbeitenden.

Um in diesen vier zentralen Handlungsfeldern die Voraussetzungen für eine umfassende und nachhaltige Digitalisierung zu schaffen, müssen wir **zusätzlich fünf Querschnittsthemen** angehen, die für die erfolgreiche Umsetzung der Digitalstrategie entscheidend sind: Wir sorgen für eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur; wir bringen digitale Identitäten in die Breite; wir schaffen die Grundlagen für ein datenorientiertes Handeln; wir sorgen für ein angemessenes Maß an Cyber- und Informationssicherheit und wir nehmen die gesellschaftlichen Auswirkungen von Zukunftstechnologien in den Blick.

Um die erfolgreiche Umsetzung der Strategie sicherzustellen, entwickeln wir die Monitoring-Mechanismen weiter. Technologische Entwicklungen sind rasant, sodass wir die systematische und flexible Weiterentwicklung der Digitalstrategie von Anfang an in Zwei-Jahres-Zyklen planen, für die wir uns jeweils neue Etappenziele setzen.

/ Einführung und aktueller Stand

Seit 2018 gestalten wir mit unserer „Strategie für das digitale Leben“ die Digitalisierung umfassend. Darauf aufbauend haben wir diese Strategie 2023 unter dem Motto „Wir vernetzen Land und Leute“ weiterentwickelt. Dabei haben wir in vielen Feldern der Digitalisierung **deutliche Fortschritte** erzielt, die wir als Grundlage für unsere weitere Arbeit nutzen können.

Hier einige Beispiele aus dem ersten Digitalprogramm (2024/2025):

- Der Schulcampus RLP ist als zentrale digitale Lern- und Arbeitsplattform für Schulen in Rheinland-Pfalz, an 70 % der Schulen ausgerollt und enthält unter anderem auch eine direkte Anbindung an das digitale Bücherregal des Landes, das 2023 als bundesweit einmaliges Leuchtturmprojekt startete. Rund 300 Schulen nutzen bereits die Messenger-App „Schulchat“. Für Grundschulen wurden gezielte Fortbildungsangebote entwickelt.
- Um älteren Menschen den Einstieg in die digitale Gesellschaft zu erleichtern, sind im Jahr 2025 über 700 ehrenamtliche Digital-Botschafter und -Botschafterinnen in Rheinland-Pfalz aktiv, die in den Kommunen und bei Hausbesuchen bedarfsgerecht den Umgang mit technischen Endgeräten begleiten.
- So konnten seit dem Jahr 2023 über 36.000 Senioren mit 10.000 Angeboten erreicht werden.
- Die Kampagne #ScrollNichtWeg konnte im Jahr 2024 mit ihren Social-Media-Aktivitäten eine enorme Reichweite für die Sensibilisierung für Betroffene von Hass und Hetze erzielen (über 3,4 Millionen Views/Impressionen, über 1,6 Millionen Menschen Reichweite und über 9000 Follower und Followerinnen, weitestgehend auf Instagram und TikTok). Zudem hat die Kampagne 2024 den Designpreis Rheinland-Pfalz in der Sonderkategorie „Demokratie gestalten“ gewonnen. Aufgrund dieser Erfolge hat die Landesregierung beschlossen, die Kampagne weitere zwei Jahre fortzuführen.

- Die bestehende E-Learning-Plattform „TNWissen Rheinland-Pfalz“ – für die Tourismusakteurinnen und Tourismusakteure in Rheinland-Pfalz – konnte durch die Fördermittel der Landesregierung um weitere Kurse und Lerneinheiten erweitert werden. Die Plattform hat den eLearning Award 2024 und den German Brand Award 2024 gewonnen.
- Mit dem Projekt HydroZwilling RLP baut die Landesregierung das neue, landesweite Modell für die Simulation und Visualisierung von Starkregen und Hochwasserereignissen in Rheinland-Pfalz weiter aus. Durch die Kombination von Simulation, Analyse und Visualisierung kann das Projekt Hochwasserprävention ebenso unterstützen wie die schnelle Entscheidungsfindung im Katastrophenfall. Im Jahr 2026 soll der vereinfachte Visualisierungszugang für Bürgerinnen und Bürger online gehen.
- Das KI-Transferlab des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz, des Bundeskriminalamts sowie des Deutschen Forschungsinstituts für Künstliche Intelligenz (DFKI) hat eine eigene Anwendung zur Analyse kryptierter Chats entwickelt und in Betrieb genommen. Der Schuhspuren-Inspektor zur Analyse von Schuhabdrücken soll durch das BKA einer bundesweiten Nutzung zugeführt werden. Darüber hinaus befinden sich weitere Unterstützungstools für polizeiliche Use-Cases in der Entwicklung oder Anwendung.
- Das Programm eJustice RLP führt an allen Gerichten und Staatsanwaltschaften bis 01.01.2026 die E-Akte ein und ermöglicht damit ortsunabhängiges Arbeiten, schnellere Kommunikation innerhalb der Justiz sowie mit externen Beteiligten. Die Polizei realisierte hierzu bereits alle erforderlichen Komponenten zur Umsetzung der elektronischen Aktenführung in Strafsachen, zur medienbruchfreien Kommunikation mit der Justiz und zum elektronischen Rechtsverkehr.
- Die Landesregierung hat 2024 den „Digitalcheck“ eingeführt. Dieser richtet sich an die Mitarbeitenden der Landesverwaltung, die Gesetzgebungs- und Regelungsentwürfe erstellen und nun einfacher Möglichkeiten der Digitalisierung von Anfang an mitdenken können. So vermeiden digitale Lösungen von nun an neue Schriftformerfordernisse und Antragstellende müssen nicht mehr persönlich auf dem Amt erscheinen.
- Zur effizienten interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) werden häufig digitale Technologien genutzt. Daher sind die IKZ-Aktivitäten des Landes Bausteine der Digitalstrategie. Die IKZ-Koordinierungsstelle im Mdl sowie die IKZ-Transfer- und Beratungsstelle bei der ADD haben im Jahr 2024 ihre Arbeit aufgenommen und stehen seitdem den rheinland-pfälzischen Kommunen in Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit als Ansprechpartner zur Verfügung. Die IKZ-Pilotförderung ermöglicht außerdem eine nicht rückzahlbare Anschubfinanzierung interkommunaler Kooperationsprojekte in kommunalen Aufgabenbereichen. Insgesamt 33 Förderanträge unter Beteiligung von 122 Kommunen wurden bisher von den Kooperationsverbünden eingereicht und positiv beschieden.

- Die Mobilfunkversorgung in Rheinland-Pfalz hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Insbesondere der Ausbau der neuesten und leistungsfähigsten Mobilfunktechnologie geht dynamisch voran: 98 % der Haushalte und 89,2 % der Fläche sind bereits mit dem neuesten Standard 5G versorgt. Mit 4G/LTE sind laut dem aktuellem Mobilfunk-Monitoring der Bundesnetzagentur 99,8 % der Haushalte und 95,9 % der Fläche abgedeckt. 99,9 % der Haushalte und 99,6 % der Landesfläche sind mit Sprachmobilfunk versorgt.

Auf diese Fortschritte sind wir stolz und wollen darauf aufbauen.

Mit der Weiterentwicklung der Strategie beschreiben wir Ziele und Aktivitäten bis Ende des Jahres 2027.¹ Genau wie in anderen ressortübergreifenden Politikfeldern – wie z.B. Nachhaltigkeit – wollen wir mithilfe dieser Strategie sicherstellen, dass wir über die gesamte Breite der Landesregierung hinweg ein gemeinsames Zielbild verfolgen und unsere Maßnahmen darauf ausrichten. Ziel dieser Weiterentwicklung ist unter anderem, die Digitalstrategie als eine Richtschnur der Digitalisierungsaktivitäten der Landesregierung zu etablieren. Dafür haben wir die Anzahl der Etappenziele reduziert, um eine Fokussierung zu erreichen und gleichzeitig die Messbarkeit zu erhöhen. Deswegen haben wir nur die zentralen Maßnahmen zur Erreichung der Etappenziele aufgenommen und dabei bewusst auf den Anspruch auf Vollständigkeit verzichtet.

Kapitel 2 erläutert das Zielbild für das Jahr 2030. Es zeigt positive gesellschaftliche Veränderungen durch Digitalisierung. Die Handlungsfelder um-

fassen die Gestaltung der Digitalisierung in der Gesellschaft, Wirtschaft sowie im Klimaschutz – und die Modernisierung der Verwaltung. Fünf Querschnittsthemen ergänzen diese. Kapitel 3 zeigt den Kommunikationsansatz zur Strategieentwicklung.

Kapitel 4 bis 8 behandeln Prioritäten, Ziele und Aktivitäten in den verschiedenen Handlungsfeldern. In jedem Kapitel benennen wir bis zu fünf Fokusthemen, auf die wir uns konzentrieren wollen. Hier sehen wir als Landesregierung einen besonders großen Raum, um einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Digitalisierung zu leisten. In jedem Fokusthema setzen wir uns bis 2027 Etappenziele, die wir mit Maßnahmen und Projekten unterlegen. Diese Etappenziele und Aktivitäten verstehen wir als unser Digitalprogramm. Nachdem die Strategie von 2023 Ziele bis Ende 2025 dargelegt hat, stellt diese weiterentwickelte Version die Ziele bis Ende 2027 dar. Damit wir in Zeiten eines dynamischen technologischen Fortschritts auf der Höhe der Zeit bleiben, werden wir dieses Digitalprogramm alle zwei Jahre weiterentwickeln.

Schließlich skizzieren wir in Kapitel 9, wie wir unsere Aktivitäten steuern, ihren Fortschritt messen und sie weiterentwickeln wollen. Wir bauen auf den durch die RLP-Governance geschaffenen, ressortübergreifenden Strukturen auf, etablieren das Monitoring für alle Aktivitäten der weiterentwickelten Strategie. Im Jahr 2027 werden wir die Ergebnisse des Monitorings und die Impulse aus den verschiedenen Dialogformaten zur Strategie nutzen, um unser nächstes Digitalprogramm für die Jahre 2028 und 2029 aufzustellen.

¹ Ein Etappenziel der Strategie ist bewusst bereits auf Ende 2026 datiert worden.



Abbildung 1: Die Struktur unserer Digitalstrategie.

/ Vision und Mission: Unser gesellschaftliches Zielbild 2030

Das Jahr 2030 bildet den Rahmen unserer Vision - nah genug für konkrete Vorstellungen, weit genug für ambitionierte Ziele. 2030 ist das Referenzjahr der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG). Unsere Digitalstrategie soll zur Erreichung dieser Nachhaltigkeitsziele beitragen. Digitalisierung gestalten wir sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig.

Unser Zielbild

Digitale Kompetenzen: Die Menschen in Rheinland-Pfalz verfügen über digitale Grundkompetenzen, um selbstbestimmt, sicher und gleichberechtigt an der digitalen Welt teilzunehmen. Im Jahre 2030 ist die digitale Welt einfacher zugänglich geworden. Alle können die digitalen Chancen nutzen. Nutzerfreundlicher Datenschutz und Verbraucherrechte ermöglichen vertrauensvolle Teilhabe.

Lebendige Regionen: In den Städten und auf dem Land gibt es digitale Angebote von Kultur- und Bildungseinrichtungen. Technologien stärken Austausch, Engagement und regionale Identität. Zugleich können Menschen, die digitale Angebote nicht nutzen können oder möchten, auch weiterhin gesellschaftlich teilhaben und entsprechend Unterstützung erhalten.

Bedarfsgerechte Versorgung: Im Jahre 2030 ermöglicht der Einsatz digitaler Technologien eine ganzheitliche Versorgung unabhängig vom Wohnort. Alle können die neuen Möglichkeiten kompetent nutzen.

Innovative Wirtschaft: Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) gehören 2030 zu den Vorreitern bei der Anwendung von Zukunftstechnologien in Deutschland. Die Start-up-Kultur fungiert als Taktgeber für die Wirtschaft. Neue Technologien stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus Rheinland-Pfalz.

Exzellente Forschung: Rheinland-Pfalz gehört 2030 mit seinen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu den führenden Wissenschafts- und Forschungsstandorten auch

im Bereich Digitalisierung. Mit serviceorientiertem, sicherem und attraktivem Lern-, Arbeits- und Forschungsumfeld sind Hochschulen Orte der Kommunikation, Kooperation und des gemeinsamen Lernens, Forschens und Arbeitens. Sie verfügen über eine moderne Ausstattung.

Gute Arbeit: Beschäftigte haben ein sicheres Arbeitsumfeld und gut bezahlte Arbeitsplätze. Die breit aufgefächerte Aus- und Weiterbildungslandschaft ermöglicht eine orts- und zeitunabhängige Kompetenzentwicklung. Ausländische Fachkräfte finden schnell und unbürokratisch in den Arbeitsmarkt. Frauen und Männer arbeiten chancengleich, Familie und Beruf lassen sich gut miteinander vereinbaren.

Klimaneutrales Land: Mit Hilfe der Digitalisierung sinken die Treibhausgasemissionen bis 2030 drastisch. Die Landesverwaltung ist klimaneutral und hat eine Vorbildfunktion für das Bundesland, das die Klimaneutralität bis 2040 erreichen will.

Krisenfester Staat: Der Staat ist 2030 handlungsfähig und verfügt über ein Instrumentarium, um Krisen zu begegnen. Das Land kann die Menschen mit optimierten Vorhersagemodellen und strategischer Planung in Krisenfällen rechtzeitig schützen und warnen.

Klimaresiliente Kommunen: Auf Basis umfassender Daten entwickeln Städte und Gemeinden Anpassungsstrategien, um Wetterextreme abzufedern. Wir bauen Schutzmaßnahmen aus und sensibilisieren für Eigenvorsorge. Bis 2030 hilft die Digitalisierung mit den Folgen des Klimawandels umzugehen, Risiken frühzeitig erkennen und damit Schäden minimieren.

Nachhaltigkeit: Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch eine hohe Biodiversität und intakte Natur-

räume aus. Die Ökosysteme tragen zum Schutze des Klimas bei. Klima- und Naturschutz werden konsequent zusammen gedacht. Mit den im Zuge der Digitalisierung ressortübergreifend vernetzten Umweltdaten bieten wir gute Rahmenbedingungen für unsere Verwaltung, Städte und Gemeinden, das Naturerbe zu schützen.

Serviceorientierter Staat: Der Staat nutzt die Digitalisierung, um Verwaltungsleistungen einfacher zu gestalten. 2030 bietet er flächendeckende digitale Angebote, die sich an den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Die Digitalisierung in der Verwaltung wird hierfür weiter vorangetrieben.

Attraktiver Arbeitgeber: Die Digitalisierung macht Arbeit attraktiver. Mit einer modernen und offenen Arbeitskultur und digitalen Qualifikationen gestaltet die Verwaltung den Arbeitsplatz der Zukunft. Bei alldem kommt auch KI auf verantwortungsvolle Art und Weise zum Einsatz.

Als Landesregierung fördern wir durch die Gestaltung der Digitalisierung dieses gesellschaftliche Zielbild. In vier **Handlungsfeldern gestalten wir gesetzliche** Rahmenbedingungen, initiieren eigene Projekte, fördern Initiativen und vernetzen Akteure:

In diesen Fokusthemen kann Digitalisierung einen besonders großen Beitrag zur Erreichung des gesellschaftlichen Zielbildes leisten:



Abbildung 2: Unsere Handlungsfelder und Querschnittsthemen.

1. Teilhabe an der digitalen Transformation:

Digitale Bildung schafft Chancen zur selbstbestimmten Teilnahme an der digitalen Welt. Wir arbeiten inklusiv, unterstützen Benachteiligte und bauen Barrieren ab. Datenschutz und Verbraucherrechte ermöglichen vertrauensvolle digitale Teilhabe. Wir nutzen Potenziale für die vernetzte Versorgung. Wir fördern gesellschaftliches Engagement und Kultur für regionale Identität.

2. Digitale Transformation von Wirtschaft und Arbeit:

Wir schaffen für Unternehmen geeignete Rahmenbedingungen für digitale Transformation, den Einsatz digitaler Technologien und innovative Wertschöpfung. Der Ausbau digitaler Infrastruktur in Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärkt auch die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und unterstützt technologische Innovationen. Digitale und hybride Aus-, Fort- und Weiterbildungsformate der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung werden gefördert. Die Selbstbestimmung in der Arbeitswelt der Zukunft erfordert einen modernen gesetzlichen Rahmen.

3. Digitale Chancen für den Klima- und Umweltschutz:

Mit den im Zuge der Digitalisierung generierten und ressortübergreifend vernetzten Daten sorgen wir für Transparenz auf dem Weg zum Erreichen der Klimaziele und für gute Rahmenbedingungen für unsere Städte und Gemeinden, um mit den Folgen des Klimawandels umgehen zu können. Wir sensibilisieren die Menschen für den Beitrag, den sie zum Klima- und Umweltschutz leisten können, fördern die Energie- und Mobilitätswende sowie die Digitalisierung der Energieinfrastrukturen und unterstützen Unternehmen dabei, ihre Energieeffizienz zu steigern und ressourcenschonend zu produzieren. Unsere eigenen Gebäude staten wir mit einem

effizienteren Energiemanagement aus. Relevante Planungs- und Genehmigungsverfahren gestalten wir digital.

4. Zukunftsfähigkeit des Staates sicherstellen:

Wir nutzen die Digitalisierung, um die Resilienz der Verwaltung im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit in Krisensituationen zu stärken und die strategische Vorausschau zu verbessern. Hier setzen auch Formate für eine datenbasierte Steuerung und Automatisierung an, die wir konsequent nutzen möchten. Wir gestalten die Transformation der Verwaltung mit digitalen, automatisierten und vor allem anwenderfreundlichen Prozessen. Das schaffen wir nicht allein; daher ist die Schaffung von Kooperationen ein Schwerpunkt unserer Strategie. Zur Zukunftsfähigkeit des Staates tragen letztlich die Menschen bei, die für uns arbeiten. Daher stärken und schaffen wir attraktive Rahmenbedingungen für die Mitarbeitenden.

Um in diesen vier zentralen Handlungsfeldern die Voraussetzungen für eine umfassende und nachhaltige Digitalisierung schaffen zu können, müssen wir **zusätzlich fünf Querschnittsthemen** angehen, die für die erfolgreiche Umsetzung der Digitalstrategie entscheidend sind:

1. Wir sorgen für eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur
2. Wir bringen digitale Identitäten in die Breite
3. Wir schaffen die Grundlagen für ein datenorientiertes Handeln
4. Wir sorgen für ein angemessenes Maß an Cyber- und Informationssicherheit
5. Wir nehmen die gesellschaftlichen Auswirkungen von Zukunftstechnologien in den Blick

/ Austausch und Kommunikation: Unser Beteiligungsansatz

Die digitale Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Wir haben die **Weiterentwicklung** dieses Strategiedokumentes daher unter zielgerichteter Einbindung eines breiten Spektrums der rheinland-pfälzischen Gesellschaft diskutiert. Als Grundlage dafür haben wir eine Bestandsaufnahme der bestehenden Digitalaktivitäten vorgenommen. In **ressortübergreifenden Workshops** haben wir danach Vorschläge für Etappenziele entwickelt, an denen wir uns messen lassen wollen. Die Mitglieder des Digitalrats haben an zahlreichen Workshops teilgenommen und wertvolle Impulse eingebracht. Nach einer internen Konsolidierung der Ergebnisse haben wir auf einem **Strategietag** in Worms im Juni 2025 mit rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern Anregungen aufgenommen. Zusätzlich haben wir im Nachgang der Veranstaltung eine Feedbackumfrage mit der Möglichkeit zur Nachmeldung von Themen durchgeführt. In einem finalen Abstimmungsprozess zwischen den Ressorts haben wir uns schließlich auf Ziele und Aktivitäten für die nächsten zwei Jahre verständigt.

Im Zuge der **Umsetzung** werden wir weiterhin regelmäßige Austauschformate durchführen. In der Landesregierung wollen wir den Fortschritt der Strategie bei **halbjährlichen Bestandsaufnahmen** diskutieren. Um den Dialog zwischen Landesregierung und Gesellschaft zu verstetigen, werden wir den **Strategietag** fortführen. So können wir unsere Vorhaben mit den Ideen und Aktivitäten der digitalen Zivilgesellschaft und den vielen Stakeholdern rückkoppeln und den aktuellen Umsetzungsstand diskutieren. Zusätzlich planen wir **regelmäßige Befragungen**, in denen wir konkrete Fragen zur Digitalisierung, zur Nutzung und Zufriedenheit mit digitalen Angeboten stellen. Rechtzeitig vor dem Ende der Umsetzungsphase werden wir den Prozess der Weiterentwicklung der Strategie anstoßen und dabei den Austausch nochmals intensivieren.

Damit sich die Öffentlichkeit auch jenseits von Austauschformaten über die Strategie, ihre Aktivitäten und den Umsetzungsstand informieren kann, berichten wir auf der **Strategie-Website²** über die Evaluationsergebnisse und die Weiterentwicklung.

² <https://digital.rlp.de/start>

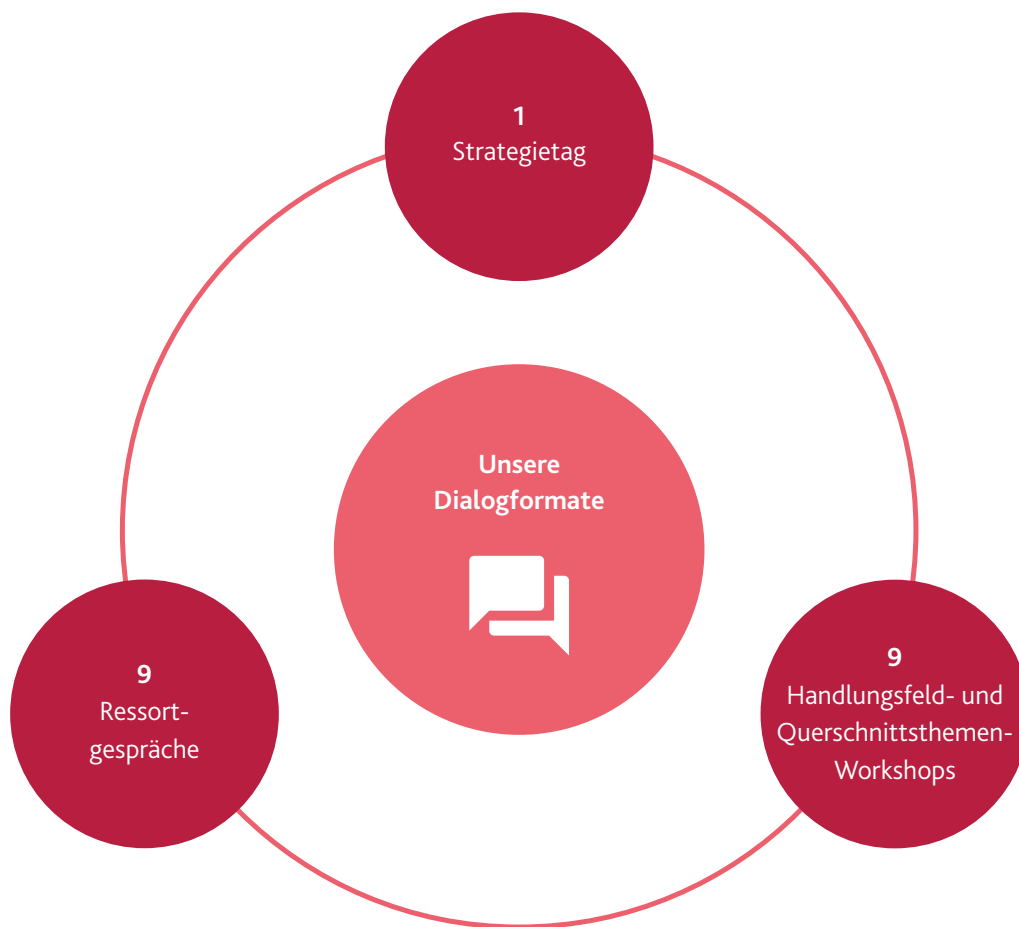


Abbildung 3: Unsere Dialogformate.

/ Teilhabe an der digitalen Gesellschaft fördern

/ Digitale Bildung

Alle Menschen verfügen über Fähigkeiten, um digitale Technologien verantwortungsvoll zu nutzen und sich kritisch mit digitalen Inhalten auseinanderzusetzen zu können.

Medienkompetenz ist Lebenskompetenz, die wir bei jungen Menschen früh fördern müssen. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung bleibt die Medienkompetenzentwicklung aber auch über Kita, Schule, Ausbildung oder Studium hinaus ein lebenslanger Prozess und muss in Erwachsenenbildung und Arbeitsumfeld berücksichtigt werden. Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und ihre Herausforderungen realistisch einzuschätzen, brauchen wir sowohl viel Mut, Offenheit und Flexibilität als auch einen klaren Kompass: Auf unserem Digitalkompass stehen nicht Nord, Süd, Ost und West, sondern Chancen, Gerechtigkeit, Teilhabe, Barrierefreiheit und Selbstbestimmung.

Das Fundament der Kompetenzangebote und Bildungseinrichtungen, auf dem wir dabei aufbauen, ist sehr gut. Bereits heute fokussieren und stärken alle Schulen, zahlreiche Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Träger von digitalen Bildungsangeboten und zunehmend auch Kitas im Land auf digitale Kompetenzen. Diese Angebote wollen wir systematisch ausbauen, an den Nutzenden orientiert und im Sinne des Verbraucher- und Datenschutzes gestalten. Das Erleben und Erfahren digitaler Möglichkeiten soll noch stärker in den Vordergrund rücken und die Menschen in Rheinland-Pfalz dazu ermutigen, den digitalen Wandel als Chance zu verstehen und souverän an der digitalen Welt teilzunehmen.

Qualifizierte Angebote zum Kompetenzerwerb können nur von gut ausgebildeten Fachkräften und gut ausgestatteten Bildungseinrichtungen gemacht werden. Deshalb unterstützen wir die Kitas und Kitaträger, Schulen und Schulträger sowie Hochschulen umfassend bei der Digitalisierung. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass alle Schulen digital ausgestattet und an das Breitband-Internet angeschlossen werden. Auf dieser Grundlage sollen innovative Unterrichtskonzepte entstehen und weiterentwickelt werden. Moderne Technologien und digitale Tools stehen zur Verfügung, um das Lernen interaktiver, kollaborativer, individueller und effektiver zu gestalten. Eine Schule der Zukunft fördert von der Primarstufe bis zum Schulabschluss schulartübergreifend und altersgerecht die Entwicklung von Medienkompetenzen sowie den kritischen und konstruktiven Umgang mit der digitalen Welt.

Das Bildungsportal RLP bündelt als zentrale Online-Instanz alle Services und Anwendungen im pädagogischen, organisatorischen und administrativen Bereich und enthält unter anderem auch das Digitale Bücherregal des Landes, das 2023 als bundesweit einmaliges Leuchtturmprojekt startete. Auf das Bildungsportal RLP können alle Schulleitungen zugreifen, 96 % der Schulen nutzen dort bereits Anwendungen. Wir ermöglichen so individuelle, digitale Lehr- und Lernangebote, schulische Kommunikation und onlinebasierte Verwaltung auf der Höhe der Zeit und schaffen

Beratungsmöglichkeiten für anerkannte Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Wir fördern damit einen stetigen Kulturwandel, zu dem eine moderne Lernkultur sowie der Austausch von Wissen, Erfahrung und Materialien gehören.

Das Fokusthema Digitale Bildung nimmt im Rahmen der digitalen Transformation eine herausgehobene Stellung ein. Für den Bereich der frühkindlichen und der schulischen Bildung werden in dieser übergeordneten Landesstrategie lediglich zwei konkrete Etappenziele herausgegriffen.

Nach Veröffentlichung der Digitalstrategie RLP im Jahr 2023 hat das Ministerium für Bildung den Weg fortgesetzt und eine ressortspezifische Ausgestaltung der Digitalstrategie für die Bildungslandschaft entwickelt, die insbesondere Ziele und Maßnahmen im Bereich des Lernens und Lehrens in einer Kultur der Digitalität vertieft³.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 analysieren wir die Möglichkeiten digitaler Transformationsprozesse für die frühkindliche Bildung und lassen das Ergebnis in die Überarbeitung der Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten einfließen, um die Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung weiter zu verbessern.

- Wir streben in der zweiten Jahreshälfte 2026 die Initiierung des Prozesses zur Überarbeitung der Bildungs- und Erziehungsempfehlungen an. Wir beziehen etablierte wichtige Akteure wie z.B. die kommunalen und kirchlichen Spitzenverbände, die LIGA der freien Wohlfahrtspflege und den Landeselternausschuss ein. Zusätzlich soll der Grundschulbereich einbezogen werden, um einen guten Übergang zwischen Kita und Grundschule sicherzustellen.
- Digitale Medien und Prozesse gehören also längst zur Lebenswelt von Kindern dazu. Mit fortlaufendem Alter nutzen sie ein immer umfangreicheres Medienensemble selbst. Kinder und ihre Familien müssen für die Chancen und die Gefahren medialer Realitäten sensibilisiert werden. An einer Erziehung zu einem bewussten und reflektierten Umgang mit Medien führt kein Weg vorbei. Daher braucht es eine frühkindliche Medienbildung, die auch die Eltern und pädagogische Fachkräfte miteinschließt. Best-Practice-Projekte wie das Hörprojekt (www.ohrenspitzer.de) schaffen einen niedrigschwelligen Zugang zu der Welt der Medien und sollen landesweit ausgebaut und angeboten werden.

³ Diese ist online abrufbar unter www.bildung-digital.rlp.de.

Bis Ende 2027 entwickeln wir das Bildungsportal nutzerorientiert weiter, indem wir KI-gestützte Assistenzsysteme sowie bestehende und neue digitale Bildungsangebote und -anwendungen integrieren und einen gut ausgestatteten digitalen Lehrkräftearbeitsplatz verfügbar machen.

- Wir binden die Budgetplattform des Start-Chancen-Programms und die Befragungsportale EVA-Klasse/EVA-Schule in das Bildungsportal ein.
- Wir ermöglichen den Zugriff über das Bildungsportal auf die Anwendung Fortbildung online (Eve-wa) und binden VIDIS³ ein, sodass Schulen Werkzeuge (kommerzielle Produkte) individuell im Portal freischalten können.
- Wir bieten im Rahmen des digitalen Lehrkräftearbeitsplatzes im Bildungsportal eine sichere Dateiablage an und machen die landesweiten Diagnosewerkzeuge 2P, 2Primar, Profil AC im Bildungsportal verfügbar.

Bis Ende 2027 bauen wir die Angebote und digitalen Kompetenzen von Erwachsenen im Projekt „Fit im Digitalen Leben - DigiNetz“ aus, um dieses durch weitere Standorte noch mehr Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.

- Mit dem Ausbau des DigiNetz schaffen wir vor allem mit DigiSmart-Kursen und -Sprechstunden leicht zugängliche Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, um digitale Kompetenzen zu erwerben. Die Sprechstunden zu digitalen Fragen werden wir an mindestens 40 vhs-Standorten anbieten, damit Bürgerinnen und Bürger wohnortnah Antworten erhalten.
- Zu den Kompetenzfeldern des DigComp 2.2 wird ein Portfolio mit standardisierten Kurskonzepten zur Verfügung gestellt, die vor Ort durchgeführt werden können.
- Wir werden weitere 20 vhs-Räume mit Technik für hybriden Unterricht ausstatten, damit die Teilnehmenden wahlweise vor Ort oder digital an vhs-Kursen teilnehmen können.

³ „VIDIS“ steht für „Vermittlungsdienst für das digitale Identitätsmanagement in Schulen“. Damit ist der Vermittlungsdienst die operative Schaltstelle zwischen den Identitätsanbietern (Identity Provider, IdP) und den Diensteanbietern (Service Provider, SP).

/ Digitale Inklusion

Die digitale Gesellschaft ist für alle Menschen gleichermaßen zugänglich und gewinnbringend.

Ungleichheiten und Diskriminierungen werden in der digitalen Welt reproduziert und oft sogar verstärkt. Merkmale wie Alter, Bildungshintergrund, Einkommen, aber auch geschlechtsspezifische Unterschiede und Stereotype beeinflussen die auch die Teilhabe in der digitalen Welt. Unter „digitaler Inklusion“ verstehen wir die Gestaltung einer digitalen Welt, in der alle dazu befähigt sind, mitzumachen – unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Identität, Einkommen, Bildungsstand, Behinderung oder Einschränkung.

Einen bedeutenden Beitrag für digitale Inklusion leisten begleitete Mentoring-Programme, in denen sich Menschen mit ähnlichen Erfahrungen gegenseitig beim Umgang mit der Digitalisierung unterstützen. Je mehr wir gesellschaftliche und staatliche Aktivitäten ins Internet verlagern, desto stärker werden diejenigen ausgeschlossen, die sich den digitalen Zugang dazu nicht leisten können. Daher brauchen wir ein stärkeres Bewusstsein für Ausschlussmechanismen bei der Digitalisierung und niedrigschwellige Lern-, Begegnungs- und

Nutzungsorte, an denen Endgeräte und persönliche Unterstützung zur Verfügung stehen. Die bestehenden rechtlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit von öffentlichen Angeboten wollen wir konsequent umsetzen und eine Landesfachstelle Barrierefreiheit mit Kompetenz im digitalen Bereich einrichten.

Die digitale Welt muss so gestaltet werden, dass jede und jeder Einzelne Zugang zu ihr hat und vor Gefahren geschützt ist. Eine zugängliche und sichere digitale Welt zeichnet sich auch dadurch aus, dass Schäden durch digitale Mechanismen wie Tracking und Manipulation verhindert werden. Wir setzen uns weiterhin auf der Bundesebene dafür ein, Diskriminierung durch Algorithmen zu verhindern. Wie in der analogen Welt sind viele Gruppen in der digitalen Welt Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Wir wollen für dieses Thema sensibilisieren, Präventionsarbeit leisten und Betroffenen Unterstützung anbieten, damit niemand Hass und Hetze erfahren muss.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis 2027 nutzen mehr Menschen mit Unterstützungsbedarf Angebote zum Erwerb digitaler Grundkompetenzen.

- Landesweit ermöglichen mehr als 700 Digital-Botschafterinnen und -Botschafter digitale Teilhabe für ältere Menschen und unterstützen Schritt für Schritt beim Einstieg in die digitale Welt. Sie schaffen kostenlose Angebote wie offene Treffs, Sprechstunden und Hausbesuche. Das Angebot geht speziell auf Lernbedürfnisse im Alter ein, baut Berührungs-

ängste ab und zeigt, wie digitale Medien den Alltag erleichtern können. Die Zahl der aktiven Digital-Botschafterinnen und -Botschafter soll langfristig auf 1.000 erhöht werden, um die Unterstützung flächendeckend in den Kommunen zu etablieren.

- Die ePA-Coaches Rheinland-Pfalz vermitteln digitale Gesundheitskompetenzen und unterstützen ältere Menschen dabei, die elektronische Patientenakte (ePA) sicher und selbstbestimmt zu nutzen. Dazu werden ehrenamtliche Digital-Botschafter*innen speziell geschult und als ePA-Coaches qualifiziert, um Senior*innen bei der Einrichtung und Anwendung der ePA zu begleiten.
- Das Online-Service-Portal Silver Tipps bietet älteren Onliner*innen Informationen, Anregungen und Tipps, die den täglichen Umgang mit digitalen Medien sicher machen und Berührungsängste abbauen. In einem Modellvorhaben werden systematisch digitale Sorgestrukturen in Einrichtungen des Betreuten Wohnens als auch im Quartier aufgebaut und miteinander vernetzt. So wird die individuelle Lebensqualität hochaltriger Menschen als auch die strukturelle Versorgungslandschaft verbessert.
- In ganz Rheinland-Pfalz entstehen individuelle Experimentier- und Lernräume, um Medienkompetenz zu stärken und Teilhabe zu ermöglichen. Bürgermedien sind im digitalen Zeitalter ein wichtiger Ort der sozialen Begegnung. In einem Netzwerk tauschen Produzierende und Ehrenamtliche ihre Erfahrungen aus, geben sich Feedback und lernen voneinander. Besonders bedeutsam sind informelle Bildungs- und Austauschformate, die regelmäßig stattfinden und meist für eine breite Zielgruppe niedrigschwellig zugänglich sind. Die bisherigen haupt- und ehrenamtlichen Ressourcen vor Ort werden ausgebaut, um sozialen Begegnungen und mediale Teilhabe langfristig zu ermöglichen. Bisher gibt es in Speyer, Ludwigshafen, Trier und Zweibrücken Orte der medialen Teilhabe, weitere Standorte sollen bis 2027 folgen.

Bis Ende 2027 werden die 20 meistgenutzten digitalen Verwaltungsservices vollständig barrierefrei gestaltet und zusätzlich in Einfacher Sprache verfügbar gemacht, um unsere zentralen Inhalte für alle Nutzenden zugänglich zu machen.

/ Intelligent vernetzte Versorgung

Die digitale Vernetzung von Daten und Diensten dient einer sektorenübergreifenden Versorgung und hilft, Entfernungen zu überbrücken.

Die Digitalisierung bietet großes Potenzial, um die Gesundheits- und Pflegeversorgung der Menschen spürbar zu verbessern. Digitale Lösungen vereinfachen die Prävention, Behandlung und Nachsorge von Patientinnen, Patienten und von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf. Wenn digitale und analoge Versorgung verknüpft werden, entstehen neue, intelligente Lösungen, die eine ganzheitliche und bedarfsorientierte Versorgung möglich machen. Große Mengen qualitativ hochwertiger Daten können etwa neue Erkenntnisse über Krankheiten liefern und die Entwicklung entsprechender Medikamente befördern. Die Telemedizin trägt dazu bei, räumliche Entfernungen zu überbrücken, Expertenwissen breiter nutzbar zu machen und ein selbstbestimmtes Leben auch in dünn besiedelten Regionen möglich zu machen.

Grundvoraussetzungen für eine intelligent vernetzte Versorgung im Jahre 2030 sind innovative und zielgerichtete Versorgungsangebote und digitale Kompetenzen bei Mitarbeitenden in Pflege- und Gesundheitsberufen sowie bei den Bürgerinnen und Bürgern. Gesetzliche Grundlagen und Standards wie Telematik, Infrastruktur und

elektronische Patientenakte werden vom Bund vorgegeben, umgesetzt und angewendet werden sie aber vor Ort. Dafür müssen die Versorgungsakteure auf kommunaler Ebene, Krankenkassen, ambulante Pflegedienste und Start-ups kooperieren. Als Landesregierung wollen wir alle Beteiligten zusammenbringen und neue Formen der digitalen Vernetzung unterstützen.

Um innovative digitale Lösungen anzuwenden, brauchen wir entsprechende Kompetenzen bei den Fachkräften in den Pflege- und Gesundheitsberufen. Deshalb bauen wir bis 2030 das Angebot an den berufsbildenden Schulen, Universitäten und in der Fort- und Weiterbildung aus. Gleichzeitig setzt eine erfolgreiche intelligent vernetzte Versorgung auch voraus, dass Patientinnen, Patienten, Menschen mit Pflege- oder Unterstützungsbedarf und sorgende Angehörige von digitalen Angeboten wissen und diese annehmen wollen. Für uns sind die patientenzentrierte Entwicklung von Versorgungsangeboten und die digitale Kompetenz zum Thema Gesundheit und Pflege zentral.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 ist ein Großteil der Digitalisierungsmaßnahmen in Krankenhäusern umgesetzt, welche von Land und Krankenhauszukunftsfonds finanziell gefördert werden.

- Das Land hat – zusätzlich zu den Mitteln des Krankenhauszukunftsfonds Landesmittel – zur Kofinanzierung in Höhe von rund 61 Millionen Euro bewilligt. Gefördert werden unter anderem Maßnahmen wie die Einrichtung von Patientenportalen, die ein digitales Aufnahme- und Entlassungsmanagement ermöglichen, die Einführung einer modernen digitalen Pflege- und Behandlungsdokumentation, die Umsetzung eines modernen digitalen Medikationsmanagements und zur Steigerung der Cybersicherheit in Krankenhäusern.

Bis Ende 2027 hat das IDG (Institut für Digitale Gesundheitsdaten) Rheinland-Pfalz sein Portfolio als Kompetenzzentrum weiter ausgebaut.

- Das IDG entwickelt im vom Land geförderten Projekt InKaPP (Informiert sein. Krebsregisterdaten für aktive Patientinnen und Patienten) ein Patientenportal, das eine transparente und interaktive Darstellung der Daten der Onkologischen Patientenakte (oPA) ermöglicht. Die aus der Pilotstudie gewonnenen Erkenntnisse sollen langfristig in die Strukturen des IDG einfließen und das Portal nachhaltig in der onkologischen Versorgung verankern.
- Mit DataDoc(k), einem neuen Netzwerk für datengetriebene Gesundheitsforschung in Rheinland-Pfalz, werden Wissenschaft, Versorgung und Praxis für einen verantwortungsvollen und innovativen Umgang mit Gesundheitsdaten zusammengebracht. Es sollen vorhandene Datenbestände sichtbar gemacht, Institutionen miteinander verknüpft und Lösungen für die Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschung und Versorgung entwickelt werden.



Bis Ende 2027 werden durch die von uns geförderten Projekte die Versorgung und Vernetzung im Gesundheitsbereich gestärkt und innovative Möglichkeiten zur Entlastung des Praxispersonals erfolgreich eingesetzt.

- Im geförderten Projekt TheraSurv Post-Covid kommen eine digitale Fallakte und eine Smartphone-App für Patientinnen und Patienten zum Einsatz, um die Versorgung in den fünf Post-Covid-Ambulanzen im Land systematisch zu erfassen und auszuwerten.
- Im geförderten Projekt TeleRheuma Plus werden Hausarztpraxen in telemedizinischen Sprechstunden in rheumatologischer Diagnostik geschult – insbesondere mit dem Ziel einer frühen Diagnose und einem schnellen Einstieg in die Behandlung
- Im durch das Land geförderten Projekt „HÄPPI“ (Hausärztliches Primärversorgungszentrum – Patientenversorgung interprofessionell) des Hausärztinnen- und Hausärzteverbands Rheinland-Pfalz wird unter anderem der Einsatz von KI-Telefonassistenten für Hausarztpraxen erprobt. Das Ziel ist, das Praxispersonal zu entlasten und die Ressourcen im Team gut zu verteilen. Patientinnen und Patienten können im Gespräch mit der KI-basierten Telefonassistenz mitunter direkt Termine vereinbaren oder ihre Anliegen in den digitalen Workflow der Praxis-Teams einspeisen.

/ Kultur & Ehrenamt

In Städten und ländlichen Regionen fördern digitale Angebote das Miteinander.

Wir werden digitale Technologien einsetzen, um das Gemeinschaftsgefühl der Menschen und ihre Bindung an die Region zu stärken. Eine sehr große Mehrheit der Menschen lebt gerne in Rheinland-Pfalz. Dazu tragen gute Lebensumstände, lebenswerte Regionen und der gesellschaftliche Zusammenhalt bei. Diese regionale Verwurzelung der Menschen zeigt sich in der überdurchschnittlich hohen Quote ehrenamtlichen Engagements. Eine weitere Besonderheit von Rheinland-Pfalz ist seine regionale Diversität. Unser Bundesland beheimatet sowohl urbane Ballungsräume als auch eines der größten zusammenhängenden Waldgebiete Deutschlands.

Digitale Vernetzung und digitale Angebote sollen den Austausch und das gemeinsame Erleben leichter möglich machen und dazu beitragen, gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land anzugleichen. Wir setzen bei der Digitalisierung im Ehrenamt und beim Sichtbarmachen von lokalen Angeboten an. Ehrenamtliches Engagement kann viele Formen annehmen: Sportstätten, Vereine, Ortsgemeinden leben von dem Beitrag, den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer tagtäglich in unserem Land für das gesellschaftliche Miteinander leisten. Daher wollen wir dem

Ehrenamt noch mehr Anerkennung verschaffen und zivilgesellschaftliche Organisationen durch Information, Weiterbildung und die Schaffung einer digitalen Infrastruktur bei der Modernisierung unterstützen.

Zur Lebensqualität von Rheinland-Pfalz tragen auch die vielfältigen Kulturangebote in den Regionen und das reiche historische Erbe bei. Wir wollen Digitalisierung dafür nutzen, diese lokalen Angebote leichter zugänglich zu machen und den Menschen im ganzen Land zur Verfügung zu stellen. Wenn gemeinsames Erleben digital organisiert wird und wenn Informationen aus bestehenden Portalen zu Veranstaltungen sowie Lokalnachrichten frei und gebündelt zugänglich werden, verbessert das die Chancen der Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort am Zusammenleben teilzunehmen. Perspektivisch wollen wir untersuchen, wie bspw. ein Chatbot eingesetzt werden kann, um Interessierten relevante Informationen zu Kulturveranstaltungen, kulturellem Erbe, Tourismus und lokalem Geschehen bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 haben wir eine Open-Access-Strategie für die Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE) mit einer Selbstverpflichtung zur digitalen Veröffentlichung verabschiedet und mit der Etablierung eines standardisierten Arbeitsprozesses für die Publikation von Sammlungsobjekten begonnen.

- Mit der Einführung der beiden neuen Systeme GraDo-rlp für die digitale und standardisierte Grabungsdokumentation sowie LIMeS-rlp für eine einheitliche Objekt- und Sammlungsinventarisierung legt die GDKE das Fundament für eine Open-Access-Strategie sowie einen standardisierten Arbeitsprozess für die Publikation von Sammlungsobjekten.

Bis Ende 2027 streben wir 15.000 aktive Nutzerinnen und Nutzer für die bis dahin landesweit vollständig digitalisierte Ehrenamtskarte an.

- Um die angestrebte Anzahl an Nutzenden bis Ende 2027 zu erreichen, werden wir die Attraktivität der Karte durch die Gewinnung weiterer Vergünstigungen steigern und die digitale Ehrenamtskarte aktiv bewerben. Zusätzlich wollen wir weitere Kommunen für die Teilnahme gewinnen.



/ Digitale Transformation in Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit unterstützen

/ Innovative Wertschöpfung

Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz haben ausreichend Fachkräfte und entwickeln ihre Geschäfts- und Organisationsmodelle weiter.

Damit Unternehmen in Rheinland-Pfalz im weltweiten Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben können, müssen sie weiterhin hochwertige Güter und Dienstleistungen mithilfe neuester Technologien entwickeln. Für diese innovative Wertschöpfung „Made in Rheinland-Pfalz“ wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen und gezielte Unterstützung bereitstellen. Dafür setzen wir uns zum Ziel, dass Rheinland-Pfalz im Jahr 2030 über gut ausgebildete Fachkräfte mit sehr hohen digitalen Kompetenzen verfügt. Neben der Ausbildung von Nachwuchskräften und der konsequenten lebensbegleitenden Weiterbildung legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Gewinnung von ausländischen Fachkräften und die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen sowie von Menschen an der Schwelle zum Arbeitsmarkt.

Daneben wollen wir das enorme Potenzial für innovative Wertschöpfung in KMU bis 2030 noch besser ausschöpfen. Wir wollen die Förderangebote für die Gründung von Start-ups und die digitale Transformation in den Betrieben ausbauen und besser zugänglich machen. Die Vernetzung zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen werden wir weiter mit dem Ziel fördern, den Transfer von digitalen Technologien aus der Forschung in die Anwendung zu beschleunigen. KI, Internet of Things (IoT) oder Quantentechnologien sollen 2030 in Rheinland-Pfalz keine

abstrakten Schlagworte, sondern gelebte Realität in den Unternehmen sein. Wir setzen auf umfassende, branchenoffene und technologie neutrale Förderprogramme, mit denen wir alle Handlungsfelder der Innovationsstrategie bedienen und sowohl altbewährte Stärken des Landes – wie etwa in der Industrie oder im Handwerk – ausbauen, als auch neue, z. B. in der Kultur-, der Kreativ- oder der Gaming-Branche, erschließen können.

Zur Begleitung und Unterstützung der digitalen Transformationsprozesse entwickeln wir die Förderinstrumente bedarfsgerecht weiter und ergänzen sie um spezifische Unterstützungsmaßnahmen. Mit dem Ziel, den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu stärken, treiben wir die Weiterentwicklung der im Rahmen der Innovationsstrategie erfolgreich etablierten Strukturen mit einem Schwerpunkt auf die intelligente Vernetzung unterschiedlicher Akteure und Kompetenzen entlang der analogen und digitalen Wertschöpfungskette voran. Wir unterstützen die Zusammenarbeit von KMU und Wissenschaft und rücken digitale Gründungen in den Fokus.

Rheinland-Pfalz und seine Landeshauptstadt Mainz gehören zu den wichtigsten Medienstandorten in Deutschland – mit einem Schwerpunkt auf digitale Medien: Mit dem online-only Jugendangebot FUNK und den Mediatheken des ZDF



und der ARD sind wichtige öffentlich-rechtliche Online-Formate hier beheimatet. Wir wollen dafür sorgen, dass die Medienmacherinnen und Medienmacher aus den unterschiedlichen Content-Disziplinen die innovativen Formate und Inhalte von morgen schaffen können. Deswegen hat die Landesregierung gemeinsam mit nationalen sowie internationalen Partnern den Medienkongress Content Convention entwickelt und gemeinsam mit dem ZDF, dem SWR und der Landesmedienanstalt RLP mit der Medienförderung Rheinland-Pfalz GmbH die Strukturen geschaffen, um innovativen Medienproduktionen gute Startbedingungen zu bieten. Wir werden den Medienstandort Rheinland-Pfalz weiter stärken und wollen Mainz zum bundesweit entscheidenden digitalen Medienstandort in Deutschland machen.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 haben wir weitere Plattformen und Austauschformate geschaffen, um KMU Zugang zu digitaler Expertise aus Wissenschaft und Wirtschaft zu ermöglichen.

- Um kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Rheinland-Pfalz den Zugang zu digitaler Expertise aus Wissenschaft und Wirtschaft nachhaltig zu erleichtern, ist der Ausbau von Plattformen und Austauschformaten essenziell. Der InnoHub der Innovationsagentur RLP spielt hierbei eine zentrale Rolle: Er fungiert als Knotenpunkt für Wissenstransfer, Vernetzung und die gezielte Vermittlung von Innovationsimpulsen. Durch den InnoHub werden KMU mit Expertinnen und Experten aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Technologieunternehmen zusammengebracht – etwa in Form von Innovationssprechstunden, Workshops, Matching-Events oder themenspezifischen Foren zu Digitalisierung, KI und Datenökonomie.
- Zusätzlich sind bis 2027 weitere regelmäßige Veranstaltungsformate geplant – wie etwa ein regelmäßiger Innovationskongress sowie branchenspezifische Veranstaltungen, die gezielt auf aktuelle Herausforderungen und Bedarfe der KMU eingehen. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, den Wissenstransfer zu verstetigen, die digitale Transformation im Mittelstand voranzutreiben und neue Kooperationen zu ermöglichen.
- Mit der Förderung des KI-Lotsen im Bereich Life Sciences und Mobilität stärken wir die Informations-, Vernetzungs- und Austauschangebote an den Nahtstellen der Anwendungsbereiche KI und Life Sciences in Wissenschaft und Wirtschaft.

Bis Ende 2027 haben wir die Umsetzung der gemeinsamen Vision der Technologiezentren mit Landesbeteiligung durch regelmäßige Austauschformate gesteigert und dadurch die Sichtbarkeit für technologieorientierte Unternehmen und Start-ups erhöht.

- Die regelmäßigen Austauschformate zur Umsetzung der gemeinsamen Vision der technologieorientierten Gründerzentren mit Landesbeteiligung stärken die Zusammenarbeit der Standorte in Mainz, Ludwigshafen, Koblenz und Kaiserslautern und erhöhen gleichzeitig ihre Sichtbarkeit nach

außen. Ziel ist es, technologieorientierten Unternehmen und Start-ups unter exzellenten Standortbedingungen die Möglichkeit zu geben, sich weiterzuentwickeln und den digitalen Wandel aktiv für neue Geschäftsfelder zu nutzen.

- In einer zunehmend komplexen und international vernetzten Wissensökonomie ist die Kooperation in leistungsfähigen Netzwerken entscheidend für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Die Technologie- und Gründerzentren in Rheinland-Pfalz bieten dafür einen idealen Rahmen: Sie verbinden Gründerinnen und Gründer mit relevanten Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft, fördern den Erfahrungsaustausch und schaffen ein innovationsfreundliches Umfeld.
- Durch gemeinsame Veranstaltungsformate, Workshops und gezielte Netzwerkitiativen wird der Austausch intensiviert und die technologische Kompetenz der Standorte sichtbar gemacht. So leisten die Zentren einen wichtigen Beitrag zur Innovationsdynamik und Standortattraktivität in Rheinland-Pfalz.

Bis Ende 2027 haben wir für innovative Unternehmen und Startups den Zugang zu Kapital und Expertise weiter verbessert, um ihnen bessere Chancen bei der Erschließung neuer Märkte zu ermöglichen.

- Der Zugang zu Kapital und Expertise ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die Entwicklung und Skalierung innovativer Unternehmen und Startups. Um diesen Zugang in Rheinland-Pfalz gezielt zu verbessern, bauen die Innovationsagentur RLP und das Startup Office ihre Aktivitäten bis 2027 strategisch aus. Durch den weiteren Ausbau von Matching-Formaten zwischen Startups und Investorinnen und Investoren sowie die Unterstützung von B2B-Kontakten mit Mittelständlern – etwa über Pitch-Events, Investorenrunden und gezielte Netzwerkveranstaltungen – wollen wir junge, wachstumsorientierte Unternehmen besser mit Kapitalgebern vernetzen. Ergänzt wird dies durch individuelle Begleitung bei der Vorbereitung auf Förderprogramme, Finanzierungsrunden oder Business-Angel-Investments.

/ Zukunftsorientierte Forschung und Lehre

Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz verfügen über eine moderne digitale Ausstattung, Services und Prozesse sowie starke hochschulübergreifende digitale Unterstützungsstrukturen.

Wissenschaft ist das Fundament für innovative Wertschöpfung in unserer Gesellschaft und in unserer Wirtschaft. In einem engen Austausch mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir dieses Fundament weiter stärken und bis 2030 die digitale Transformation in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen voranbringen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt dafür ist die digitale Expertise der Mitarbeitenden: Wir unterstützen die Hochschulen dabei, ihre Qualifizierungsangebote und -strukturen für die Hochschulangehörigen weiterzuentwickeln, auszubauen und zu stärken. Wir fördern Forschung und Anwendung von Zukunftstechnologien, um die Expertise der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler u.a. in den Bereichen KI, Quantentechnologie und mit Blick auf Anwendungsfelder wie die Biotechnologie stetig weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung von Computing-Infrastrukturen. Wir fördern ein umfangreiches und qualitativ hochwertiges Angebot an flexiblen, digitalen und hybriden Lehr- und Lernformaten für alle unsere Studierenden. Wir stellen die technischen Plattformen und Strukturen bereit, um Lehr- und Lernangebote digital für verschiedene Zielgruppen

anzubieten. Damit geben wir den Hochschulen die Möglichkeit, ihre Studienangebote digital anzureichern, innovative Weiterbildungsangebote zu entwickeln und offene Bildungsressourcen für die breite Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus fördern wir neue berufsbegleitende Studienangebote.

Diese Entwicklung ist nur auf Basis einer digitalen Hochschulinfrastruktur mit Unterstützung einer modernen Hochschulverwaltung und mithilfe von gut funktionierenden Dienstleistungen möglich. Daher wollen wir bis 2030 die digitale Transformation in den Hochschulbibliotheken soweit vorangebracht haben, dass sie bedarfsgerecht orts- und zeitunabhängige Angebote bereitstellen. Die internen Arbeitsprozesse in den Verwaltungen und Hochschul-Bibliotheken sollen möglichst vollständig und durchgängig digitalisiert und automatisiert sein. Die Grundlage dafür bilden moderne, bedarfsgerechte, ausfallsichere und resiliente Netzanbindungen sowie gut ausgebaut, sichere IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen die Hochschulen dabei, die Informationssicherheit ihrer Systeme und Angebote stetig weiterzuentwickeln.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 sind die in der Landesstrategie zur Erhöhung der Informationssicherheit an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz verabredeten Kooperationsstrukturen etabliert und die Hochschulen auf dem Weg zur Etablierung eines BSI-Grundschutzes bis 2030 messbar vorangekommen.

- Das Land stellt den Hochschulen entsprechende Personalmittel bereit, sodass jede Hochschule bis 2027 einen Informationssicherheitsbeauftragten bzw. eine Informationssicherheitsbeauftragte einstellen kann.
- Das Land baut das neue hochschulübergreifende Beratungs- und Servicezentrum Informationssicherheit („RARP SIS“) auf, welches die Hochschulen zu Fragen der Informationssicherheit berät und unterstützt. Die Informationssicherheitsbeauftragten etablieren einen Ausschuss, in dem ein gemeinsames Monitoring-System erarbeitet wird, um den Fortschritt der Hochschulen bei der Umsetzung der Landesstrategie zur Erhöhung der Informationssicherheit an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz messen zu können.

Bis Ende 2027 haben wir die strategischen hochschulübergreifenden Handlungsbedarfe zur Nutzung und Weiterentwicklung Künstlicher Intelligenz an den Hochschulen identifiziert und erste Umsetzungsmaßnahmen abgestimmt.

- Im Rahmen des Hochschulforums Rheinland-Pfalz setzen wir eine Beratungsgruppe KI ein, um strategische hochschulübergreifende Handlungsbedarfe im Bereich KI in Lehre und Verwaltung zu identifizieren.

Bis Ende 2027 haben wir die Standorte von Hochschulbibliotheken des Landes, an denen die Radio-Frequency Identification (RFID)-Technologie eingesetzt wird, um 50% gesteigert (zum Stand 2024).

- Durch die Einführung der Radio-Frequency-Identification (RFID)-Technologie verbessern wir den Service für die Nutzerinnen und Nutzer durch schnellere Ausleih- und Rückgabevorgänge und können die innerbetrieblichen Abläufe digitaler gestalten und somit das Personal entlasten.

/ Individualisierte Qualifizierung

Erwerbspersonen nutzen flexible Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote.

Der digitale Wandel erfordert neue Kompetenzen und erleichtert zugleich deren Erwerb. Durch die stetige Weiterentwicklung der Arbeitswelt müssen bestehende Qualifikationen und Erfahrungsschatz stets um neue Fertigkeiten erweitert werden. Damit entsteht die Notwendigkeit, Aus-, Fort- oder Weiterbildungsangebote schneller anzupassen und sich stetig weiterzubilden. Die Digitalisierung ermöglicht ein flächendeckendes und hochwertiges Aus- und Weiterbildungsangebot.

Wir setzen uns daher für die Förderung von digitalen oder hybriden Aus- und Weiterbildungsangeboten von höchster Qualität in Rheinland-Pfalz ein. Auszubildende und Erwerbspersonen sollen diese 2030 örtlich und zeitlich flexibel nutzen können – gerade auch, um den Wechsel und die Anrechnung zwischen verschiedenen Ausbildungs- und Weiterbildungsformen zu erleichtern. Insbesondere Arbeitslose, ältere Erwerbstätige oder Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen unterstützen wir durch gezielte

Angebote. Wir wollen die Beratung beim Auffinden von Fördermöglichkeiten stärken.

Neben der Breite und der Qualität des Angebots wollen wir auch den Zugang dazu verbessern. Darum wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Bund bis 2030 die Weiterbildungsangebote digital besser bündeln und damit leichter auffindbar machen. Wir setzen uns dafür ein, die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass es einfach möglich ist, kurze und lange Phasen der Weiterbildung in die berufliche Tätigkeit und in die persönliche Lebensplanung zu integrieren.

Der Virtuelle Campus Rheinland-Pfalz (VCRP) unterstützt alle rheinland-pfälzischen Hochschulen durch seine Dienstleistungs-, Beratungs- und Koordinationsfunktion und fördert dadurch die Medienkompetenz, KI-Kompetenz, offene Bildungsressourcen (Open Educational Resources), Barrierefreiheit und die videobasierte Lehre.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Das Land arbeitet gemeinsam mit den Hochschulen daran, dass die Hochschulen künftig wichtige Geschäftsprozesse über E-Payment abwickeln können.

- Durch die Ermöglichung von E-Payment im Hochschulbereich wird die Voraussetzung für die Microlearning-Plattform im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung geschaffen. Der VCRP wird gemeinsam mit dem Zentrum für Fernstudien im Hochschulverbund (ZFH) diese Plattform etablieren und die Inhalte ausbauen, um den Transfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern.

Bis Ende 2027 sind die Nutzendenzahlen der E-Learning-Plattform TN-Wissen RLP um 15 % gestiegen. Zudem wird angestrebt, die durchschnittliche Anzahl der bearbeiteten Kurse von 61 % auf 66 % zu erhöhen. Darüber hinaus werden sechs neue Lerninhalte und zwei weitere Lernprogramme erstellt.

- Die E-Learning- Plattform TN-Wissen RLP ist ein preisgekröntes und zentrales Management-Werkzeug für den Tourismus in RLP im Bereich Wissensmanagement und zum Aufbau von digitalem Wissen und Mindset. Sie zählt damit direkt auf die Ziele der Tourismusstrategie RLP und die Digitalisierungsinitiative im Tourismus RLP ein. Die E-Learning-Plattform wird von der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH betrieben und durch das Land gefördert.

Bis Ende 2027 hat ein Austausch zwischen den Betreibern der E-Learning-Plattform TN-Wissen RLP und der digitalen Plattform Weiterbildungsportal RLP stattgefunden, um gegenseitig voneinander zu lernen und Anknüpfungspunkte zu finden.

- Im Zuge des Austausches wird geprüft, inwiefern Synergien genutzt werden können.

Bis 2027 unterstützen wir Menschen im SGB II-Bezug beim Ausbau ihrer digitalen Kompetenzen und halten dabei die Anzahl der bestehenden Angebote konstant hoch.

- Um die digitalen Fähigkeiten von SGB II-Beziehenden zu stärken und den Zugang zu Online-Angeboten der Jobcenter zu erleichtern, wurden bereits in 2024 die „Digi-Scouts“ landesweit in den teilnehmenden Jobcentern installiert. Aufgrund der positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden und des weiterhin bestehenden Bedarfs an der individuellen Beratung und Schulung wird der Förderansatz weitergeführt.
- Mit den Projekten aus dem ESF+-Förderansatz „Perspektiven eröffnen Plus“ werden u.a. die digitalen Kompetenzen gefördert, um Langzeitleistungsbezug entgegenzuwirken und mittelfristig die Chancen auf eine Vermittlung in Arbeit zu verbessern.
- Auch in den Projekten für ältere SGB-II-Beziehende (50+) legen wir einen Fokus auf die Erweiterung und den Ausbau von digitalen Kompetenzen sowie den Abbau von Ängsten und Vorbehalten gegen digitale Angebote.

/ Selbstbestimmtes Arbeiten

Erwerbstätige erhalten durch die Digitalisierung Unterstützung im Beruf und verfügen über einen angepassten Arbeitsschutz.

Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten, berufliche Tätigkeiten sinnstiftend mit viel Eigenverantwortung und großem Freiraum für Zeiteinteilung und Ortswahl zu gestalten, ohne dass es dabei zu einer Entgrenzung von Arbeit kommen muss. Im Dialog mit den Sozialpartnern wollen wir die digitale Transformation in der Arbeitswelt hin zu mehr selbstbestimmter Arbeit unterstützen. Durch die Corona-Pandemie ist gerade die Arbeit im Homeoffice zu einer neuen Realität in vielen Betrieben geworden, die von vielen Erwerbstätigen als Fortschritt bewertet wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass mobiles Arbeiten und Homeoffice gefördert und in diesem Rahmen gute Arbeitsbedingungen geboten werden.

Die wichtigste Grundlage für ein selbstbestimmtes Arbeiten ist die persönliche Gesundheit. Daher wollen wir dazu beitragen, dass alle Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz über einen zeitgemäßen Arbeitsschutz und alle Unternehmen und Organisationen über ein betriebliches Gesundheitsmanagement verfügen, das dem Wandel der Arbeitsbedingungen durch die Digitalisierung Rechnung

trägt. Erwerbspersonen sollen sich leicht darüber informieren können, wie sie ihre Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt bewahren und stärken können. Sie sollen unabhängig von ihrer Beschäftigung ausreichende Mitbestimmungsrechte haben, um ihre Arbeitsumgebung positiv mitgestalten zu können. Wir streben eine barrierefreie Arbeitswelt an.

Deshalb unterstützen wir eine stärkere Einbindung der betrieblichen Mitbestimmung in Entscheidungsprozesse, gerade vor dem Hintergrund der Transformation. Die Einführung neuer Technologien in der Arbeitswelt soll nach einem menschenbasierten Ansatz erfolgen. Roboter, neue digitale oder KI-gestützte Assistenzsysteme (wie etwa Chatbots) sollen dort, wo in den Betrieben und bei den Belegschaften ein entsprechender Bedarf besteht, ein fester Bestandteil des Arbeitsplatzes sein und nicht nur für höhere Produktivität, sondern auch für eine Entlastung der Erwerbstätigen sorgen. Darüber hinaus streben wir eine barrierefreie Arbeitswelt an.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 werden wir die digitalen Angebote der Ressorts der Landesregierung Rheinland-Pfalz und der Partner der Fachkräftestrategie bündeln und einen Kompetenzverbund für Weiterbildung in der digitalen Transformation für Menschen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen bilden.

- Mit den vielfältigen Informationen und Weiterbildungsmaßnahmen werden die Menschen nachhaltig befähigt, wovon auch die Unternehmen profitieren. Zugleich hilft die Vernetzung den Bildungsträgern und Einrichtungen ihre Angebote zu etablieren. Berufliche und allgemeine Weiterbildung, Digitalkompetenzen für Menschen und Unternehmen, E-Learning, Nachhaltigkeit und vieles mehr: Hier bietet das Weiterbildungsportal Rheinland-Pfalz ein breites Portfolio.

Bis Ende 2027 informieren und unterstützen wir Unternehmen und ihre Beschäftigten bei der menschenzentrierten Einführung und Nutzung von digitalen Techniken und insbesondere von KI. Wir coachen die Beschäftigten im Rahmen der ESF+-geförderten Transformationsbegleitung, zeigen Qualifizierungswege auf und fördern Betriebe und Beschäftigte in der Weiterbildung.

- Wir wollen, dass in einer digitalisierten Arbeitswelt die Chancen fair erschlossen, Qualifizierung vorausschauend ausgerichtet und Arbeitsplätze zukunftsfest gestaltet werden, sodass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Verantwortung Hand in Hand gehen.

/ Digitale Chancen für Klima- und Umweltschutz nutzen

/ Wirkungsorientierte Steuerung

Politik und Verwaltung nutzen digitale Daten zur Intensivierung des Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung.

Umfassende Datenanalysen tragen dazu bei, neue Erkenntnisse zu gewinnen, Zusammenhänge besser zu verstehen, das Verwaltungshandeln zu optimieren und die politische Steuerung zu unterstützen. Darauf aufbauend wollen wir in Rheinland-Pfalz das anwachsende Potenzial der vorhandenen Umweltdaten nutzen, um die Fortschritte beim Erreichen der Klimaziele transparent zu machen und unsere Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz wirkungsorientiert auszurichten.

Der Bestand an digitalen Daten wächst durch ressortübergreifende Vernetzung. Das machen wir, indem wir relevante Verwaltungsprozesse und

Berichtspflichten fortlaufend digitalisieren, die Bereitstellung der Daten in maschinenlesbarer Form vorantreiben und standardisierte Schnittstellen schaffen. Mithilfe von Dashboards wollen wir die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen leicht erfassbar visualisieren und damit eine transparente Grundlage für strategische Entscheidungen im Klimaschutz ausbauen. Darüber hinaus arbeiten wir daran, dass die wirkungsorientierte Steuerung mit Hilfe digitaler Datenbestände auf weitere Umweltbereiche ausgeweitet werden. Damit wollen wir die Voraussetzungen für ein daten-gestütztes Monitoring der Fortschritte unserer Nachhaltigkeitsziele schaffen.



Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Um die Wirksamkeit der Landesmaßnahmen besser verfolgen und steuern zu können, haben wir bis Ende 2027 das „Digitale Berichtssystem Klimaschutz“ etabliert, das Klimamaßnahmenregister (KMR) veröffentlicht und digitale Tools im Rahmen der Kommunalen Klimaoffensive aufgebaut.

- Wir etablieren das „Digitale Berichtssystem Klimaschutz“ in der Landesregierung, um die Klimaschutzmaßnahmen des Landes besser verfolgen (monitoren) und rechtzeitig nachsteuern zu können.
- Das Berichtssystem wird regelmäßig ausgewertet und ein Klimaschutzmaßnahmenregister (KMR) veröffentlicht.
- Im Rahmen des Kommunalen Klimapakts soll ein Tool entstehen, mit dem Kommunen Expertinnen und Experten der öffentlichen Landesverwaltung im Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung finden können.

Bis Ende 2027 stehen Verfahren für die Gewässeraufsicht und das Tierseuchenmanagement digital und damit effizient und nutzerfreundlich zu Verfügung.

- Mit der Digitalisierung der Gewässer- und Deichaufsicht wird die Wasserwirtschaftsverwaltung in Rheinland-Pfalz ihren Mitarbeitenden effiziente Tools zur Verfügung stellen.
- Mit der Afrikanischen-Schweinepest (ASP)-Melde-App werden die kommunalen Akteure ASP-Funde in Rheinland-Pfalz digital übermitteln können, womit das ASP-Krisenmanagement effizienter gestaltet wird.

/ Vorsorge und Schutzmaßnahmen

Daten und Modelle sensibilisieren für Eigenvorsorge und dienen als Grundlage für staatliche Schutzmaßnahmen.

Die systematische Verwertung von Daten spielt im Bereich der Klimafolgenanpassung eine zentrale Rolle. Mithilfe innovativer Technologien können Prognosen, Simulationen und Visualisierungen die notwendigen Schritte zur Anpassung an die Klimafolgen aufzeigen. In Rheinland-Pfalz werden extreme Wetterereignisse als Folge der Klimaveränderung zunehmen. Vorhersagemodelle sind zentrale digitale Werkzeuge, um für die Eigenvorsorge zu sensibilisieren und staatliche Schutzmaßnahmen zu planen sowie im Ernstfall fundiert die Entscheidungsfindungen des Katastrophenschutzes unterstützen zu können. Künftig wollen wir verstärkt Echtzeit-Daten in die Modelle einbinden.

Auch für die klimaangepasste Gestaltung unserer Städte und Gemeinden, die Landwirtschaft oder die Bewahrung der Biodiversität gewinnen Klima- und Vorhersagemodelle zunehmend an Bedeutung, um bspw. im Bereich Hitze- und Dürre-Management Handlungsbedarfe frühzeitig identifizieren zu können.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 steht den Kommunen ein integrales digitales Informations-, Vorhersage- und Steuerungssystem für den Bereich Starkregen und Hochwasser als Grundlage für die kommunale Planung von Schutzmaßnahmen zur Verfügung.

- Wir stellen für alle Gewässer in Rheinland-Pfalz das Hochwassermodell des HydroZwilling RLP als zweite Ausbaustufe zur Verfügung. Mit der Möglichkeit der Maßnahmenplanung erweitern wir die Risikokommunikation und das Vorsorgemanagement.
- Für die Zusammenführung von vorhandenen Messdaten an Pegeln erweitern wir das Angebot der Digitalen Darstellung – Pegel des Landesmessnetzes, des Bundes und kommunale Messstellen stehen auf der gemeinsamen Plattform des Hochwassermelddienstes für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie für Einsatzkräfte zentral online zur Verfügung.
- Unsere Kommunen können durch das Förderangebot der Wasserwirtschaftsverwaltung den Aufbau von kommunalen, digitalen Messstellen und Frühwarnsystemen weiter vorantreiben.

Bis Ende 2027 stehen Bürgerinnen und Bürgern Informations- und Beratungsangebote für die Eigenvorsorge zur Verfügung. Dies ist ein zentraler Baustein, um den Folgen des Klimawandels zu begegnen und sich gezielt vor Risiken zu schützen.

- Bürgerinnen und Bürger werden die Informationsangebote des Landes zur Erkennung der individuellen Betroffenheit einsetzen können. Durch den kostenfreien Hochwasser-Risikocheck RLP wird die Gefahrenlage an der eigenen Adresse eingeordnet und Vorschläge für die private Eigenvorsorge unterbreitet.

/ Nachhaltige Ressourcennutzung

Bürgerinnen und Bürger nutzen digitale Informations- und Beteiligungsangebote für Klima- und Umweltschutz.

Einen großen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz in Rheinland-Pfalz können wir alle als Bürgerinnen und Bürger sowie als Verbraucherinnen und Verbraucher leisten. Mit der Wahl unserer Lebens- und Verkehrsmittel, mit unserem Energieverbrauch und im Umgang mit natürlichen Ressourcen entscheiden wir tagtäglich darüber mit, wie schnell sich unser Planet erwärmt oder sich unsere Umwelt verändert.

Daher wollen wir künftig noch stärker digitale Möglichkeiten nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger über Ursache-Wirkungszusammenhänge zwischen menschlichem Handeln und den Folgen für die Umwelt zu informieren und die Wissensbasis für ihre persönlichen Handlungsoptionen zum Klima- und Umweltschutz auszuweiten. Auch Beteiligungsmöglichkeiten, um sich aktiv beim Umwelt- und Klimaschutz einzubringen, wollen wir leichter zugänglich machen.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Damit Bürgerinnen und Bürger sowie Anbieter von kommerziellen Anwendungen Umweltinformationen für die nachhaltige Ressourcennutzung kostenfrei und niedrigschwellig nutzen können, haben wir diese bis Ende 2027 digital verfügbar gemacht.

- Outdoor-Apps sind beliebt für die Planung der nächsten Wanderung oder der nächsten Mountainbike-Tour. Maschinenlesbare Schutzgebietsinformationen werden das Informationsangebot der Apps verfeinern und helfen dadurch bei Freizeitaktivitäten besondere Habitate und geschützte Arten besser zu schützen.
- Das digitale Auskunftssystem Grundwasser wird einen Beitrag dazu leisten, das Medium Grundwasser als wichtigste Ressource für das Trinkwasser stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Das System wird Daten als Wissensbasis für Forschung, Verwaltung und Öffentlichkeit bereitstellen. Bürgerinnen und Bürger, Wasser-, Land und Forstwirtschaft, Kommunen und Landesbehörden können konkrete Maßnahmen ableiten, die helfen, einem weiteren Rückgang des Grundwasserstandes entgegenzuwirken.

Bis Ende 2027 werden digitale Lernangebote und digitale Anwendungen, die den eigenen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz sichtbar, bzw. messbar machen, weiter ausgebaut.

- Im Rahmen der Querschnitts- und Zukunftsaufgabe Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) können interessierte Schulen über den Bildungsserver und Schulcampus RLP zukünftig verstärkt auf digitale Lehr- und Lern-Materialien, E-Learning-Bausteine und auch auf Tools von qualifizierten Partnern der Klima- und Energiebildung zurückgreifen. So erleichtern wir die Beschäftigung mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung und globalen Nachhaltigkeitsziele und regen zur Nutzung mobiler Anwendungen (Apps etc.) in der Natur und an entsprechenden Lernorten an.
- Die am Pädagogischen Landesinstitut angesiedelte Koordinierungsstelle Klimabildung nutzt ihre digitalen Angebote und die unterschiedlichen Veranstaltungs- und Beratungsangebote, damit Schulen und außerschulische Bildungsakteure auf Veränderungs- und Handlungsmöglichkeiten gerade im digitalen Kontext aufmerksam gemacht werden. Innovative digitale Angebote sollen genutzt werden, um Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu ermitteln, zu bilanzieren und resultierende Maßnahmen zu ergreifen.

/ Hohe Ressourceneffizienz

Die intelligente Vernetzung in allen Bereichen des Klima- und Umweltschutzes, bspw. Energie, Mobilität, Gebäude und Produktion, reduziert den Verbrauch von Ressourcen.

Um unsere ambitionierten Klimaziele zu erreichen, wollen wir durch den gezielten Einsatz digitaler Technologien dazu beitragen, dass Ressourcen effizienter eingesetzt und damit Emissionen vermieden werden können. Dabei wollen wir darauf achten, die Digitalisierung selbst möglichst energie- und ressourcenschonend zu gestalten.

Mit Blick auf unser Ziel der klimaneutralen Landesverwaltung 2030 steht gerade der Bereich der Landesliegenschaften im Fokus. Da die 4+1-Strategie⁴ für diese Liegenschaften vier baulich-technische Bereiche untrennbar mit dem „+1-Bereich“ der Digitalisierung und Prozesse verknüpft, liegt hier eine maximale gegenseitige Vermaschung zwischen Klimaschutz, Technik und Digitalisierung vor. So wollen wir unsere Bestandsimmobilien digital ertüchtigen und den Einsatz von Smart-Building-Technologien ausweiten. Darüber hinaus werden wir verstärkt auf die Serialisierung der energetischen Sanierung setzen. In Zukunft werden wir für Planung, Bau und Betrieb unserer Gebäude zudem Building Information Modeling (BIM) einsetzen. Zugleich werden wir durch ein digitales Flächenmanagement die vorhandenen Büro- und Arbeitsflächen effektiver nutzen und damit unseren Flächenbedarf reduzieren. Ganz im Sinne des Suffizienzgedankens wollen wir deshalb bis 2030 so wenig neue Gebäude wie möglich bauen. Verstärktes Energiemanagement in intelligenter Koppelung mit verstärkter Gewinnung Er-

neuerbarer Energien sorgen für eine klimaneutrale Jahresbilanz im Liegenschaftsbereich und unterstreichen die Vorbildwirkung des Landes.

Wir wollen auch unsere Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen, damit die Unternehmen die Energiewende vorantreiben und gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Durch die Förderung von Beratungsleistungen und Netzwerken wollen wir auch weiterhin das Wissen über die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen in den Unternehmen stärken und den Ausbau ressourcenoptimierender Produktionsverfahren unterstützen. Über das digitale Agrarportal stellen wir alle staatlichen freiverfügbaren Daten und Informationen, die für die Landwirtschaft relevant sind, zur Verfügung und treiben damit das Precision Farming voran. Diese Aktivitäten werden wir in Zukunft weiter ausbauen, um eine noch klima- und ressourcenschonendere sowie an den Klimawandel angepasste Landbewirtschaftung zu fördern.

Wir wollen den Verkehr energieeffizienter gestalten, indem wir die Transformation zur Elektromobilität und den Einsatz intelligenter Verkehrs- und Logistiksysteme fördern und den Verkehrs- und Energiesektor digital verzahnen. Zudem wollen wir durch die Digitalisierung Mobilitätsangebote attraktiver gestalten und uns für eine gebündelte und offene Bereitstellung von Mobilitätsdaten

⁴ <https://fm.rlp.de/themen/staatsbau/klimaschutz/klimaschutz-und-suffizienzstrategie>

auf allen wichtigen Plattformen stark machen. Darüber hinaus wollen wir durch digitale Maßnahmen den berufsbedingten Pendelverkehr deutlich reduzieren.

Der Bruttostromverbrauch in Rheinland-Pfalz soll bis zum Jahr 2030 bilanziell zu 100 v. H. durch Strom aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Ein bilanziell klimaneutrales Energieversorgungssystem auf Basis in Rheinland-Pfalz erzeugter Erneuerbarer Energien erfordert die grundlegende Digitalisierung und Flexibilisierung der Energieinfrastrukturen. Dafür müssen intelligente Messsysteme (Smart Meter), eingebunden in intelligente Netzstrukturen (Smart Grids), die technische Voraussetzung erbringen. Durch Green-IT werden wir bis 2030 den Betrieb unserer IT-Infrastruktur weiterhin energie- und ressourceneffizient organisieren und damit einen

wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Während die Rechenzentren des Landesbetriebs Daten und Informationen (LDI) schon heute mit erneuerbaren Energien betrieben werden, wollen wir künftig auch bei den Hochschulrechenzentren auf den flächendeckenden Einsatz von Ökostrom hinwirken. Um den Energieverbrauch weiter zu reduzieren, überprüfen wir unsere Infrastruktur regelmäßig auf Effizienzpotenziale, treiben die Zentralisierung, Standardisierung und Konsolidierung der IT-Anwendungen voran und achten bei der Beschaffung von Hard- und Software-Produkten weiterhin auf deren Nachhaltigkeit. Wir wollen ein intelligentes Energiemanagement und neue Technologien zur Datenspeicherung einführen sowie bei unseren Rechenzentren die klimafreundliche Kühlung und die Nutzung der Abwärme verbessern.



Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 unterstützen wir ressourceneffizientes Verhalten durch zusätzliche digitale Angebote und Zugangsmöglichkeiten.

- Bedienstete der Hochschulen/Universitäten erhalten die Möglichkeit, ein Dienstrad zu leasen. Hierzu werden sie an das IPEMA-Portal angeschlossen.
- Der EffCheck unterstützt Betriebe bei der Optimierung des Ressourceneinsatzes unter anderem durch die Digitalisierung von Produktionsprozessen.

Bis Ende 2027 wird ein auf CAFM-basierendes⁵ ressort- und eigentümerübergreifendes Management der wichtigen technischen Komponenten und ein Flächenmanagement eingeführt, um damit die Ressourceneffizienz bei öffentlichen Liegenschaften kontinuierlich zu verbessern.

- Mit der Flächenmanagement-Datenbank werden wir schrittweise eine digitale Gebäudeakte aufbauen, insbesondere für die Bewertung und das Management der Flächennutzung im Sinne der Suffizienz und zur Steuerung der Investitionstätigkeit.
- Die digitale Gebäudeakte wird den Nutzerressorts weitere Möglichkeiten zur Verbesserung von Gebäudebetrieb und Auslastung geben und angemessene IT-Sicherheitsstrukturen haben. Durch das Arbeiten mit einer zentralen Gebäudedatenbank werden nicht nur Controlling und Berichtswesen vereinfacht, sondern auch die Steuerungsmöglichkeiten verbessert. Mit der Gebäude-Technik-Datenbank, die auf der Flächenmanagement-Datenbank aufsetzt, werden wir Energieverbrauchs- und Energieerzeugungsanlagen der Gebäude erfassen und deren Leistungen abbilden. Auf dieser Grundlage wollen wir das Energie-Controlling und -Management verbessern.

⁵ Computer-Aided Facility Management (CAFM)

Bis Ende 2027 wird ein auf CAFM-basierendes ressort- und eigentümer-übergreifendes Berichtswesen für die Landesliegenschaften gemäß LKSG aufgebaut.

- Die Schnittstelle zum zukünftigen nutzerseitigen Energiemanagement und Energiemonitoring wird im Einklang mit der Maßnahme Gebäude-Technik-Datenbank aufgebaut.
- Wir werden eine Gebäude-Emissions-Datenbank etablieren, um die gemäß dem Landesklimaschutzgesetz zu bilanzierenden Emissionen der Gebäude zu erfassen und abzubilden. Damit wollen wir eine mit der Gesamtbilanz abgestimmte Emissionsbilanzierung durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) auf Basis der Datenbanken erreichen.

Um eine ökologisch und ökonomisch nachhaltigere Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen zu unterstützen, haben wir bis Anfang 2027 die GeoBox-Infrastruktur als IT-technische Grundlage für das digitale Agrarportal um den GeoBox-Feldatlas ergänzt.

- Mit dem GeoBox-Feldatlas werden wir es den landwirtschaftlichen Betrieben ermöglichen, zu den von ihnen bewirtschafteten Flächen alle öffentlich georeferenzierten Daten physisch auf dem eigenen PC zu speichern und in eigenen Anwendungen, wie z.B. Farmmanagementsystemen zu verarbeiten oder an Dritte, beispielsweise Lohnunternehmen oder Geschäftspartner weiterzuleiten. Der GeoBox-Feldatlas ist bundesweit die erste digitale Anwendung, die es den Landwirten ermöglicht, über eine Schnittstelle alle digital verfügbaren, staatlichen Daten maschinenlesbar zu beziehen und selbstbestimmt (Datenschutz und Datenhoheit) sowie jederzeit verfügbar (Resilienz) sicher (Datensicherheit) zu verwalten und zu nutzen. Dadurch heben wir die Potenziale der Digitalisierung für eine nachhaltigere Landwirtschaft und stellen einen effizienten Einsatz von Ressourcen sicher.

/ Innovation fördern

Mithilfe der Digitalisierung von Prozessen und neuen Kooperationsformen können Politik und Verwaltung klima- und umweltrelevante Projekte schneller umsetzen.

Bis 2030 wollen wir in Rheinland-Pfalz zahlreiche klima- und umweltrelevante Projekte umsetzen. Hierzu gehören vor allem der schnellere Ausbau Erneuerbarer Energien, die Mobilitäts- und Wärmewende, die CO₂-Neutralität industrieller Prozesse sowie die Klimaneutralität der Landesverwaltung. Daher werden wir in diesen Bereichen alle relevanten Planungs- und Genehmigungsverfahren unter Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie sicherheitspolitischer Erwägungen durchgängig digitalisieren, um so die Antragstellung zu vereinfachen, Prozesse zu beschleunigen und die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu entlasten.

Digitalisierung bedeutet für uns, stets auch die verfahrensrechtlichen Regularien auf Optimierungsmöglichkeiten hin zu untersuchen. Durch den Einsatz innovativer daten- und plattformbasierter Lösungen wollen wir nicht nur die Einbindung der Träger öffentlicher Belange effizienter gestalten, sondern auch die Potenziale für automatisierte, regelbasierte Prüfungen erschließen. Vor allem von der Einführung von BIM erwarten wir uns deutliche Effizienzsteigerungen bei Planungs- und Genehmigungsprozessen. Der verbes-

serte Informationsfluss und die interdisziplinäre Zusammenarbeit („Kollaboration“) zwischen den Projektbeteiligten führen zu höherer Transparenz, fundierteren Entscheidungsgrundlagen und reduziertem Abstimmungsaufwand. Darüber hinaus wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit digitalisieren, um diese nutzerfreundlicher und transparenter zu gestalten.

Für die schnelle Umsetzung von klima- und umweltrelevanten Projekten ist es wichtig, dass wir die hierfür erforderlichen Informationen digital zur Verfügung stellen. Darüber hinaus werden wir unser Geoportal weiter ausbauen und bis 2030 darauf hinwirken, dass alle Regionalpläne, Flächennutzungspläne und Bebauungspläne digital zur Verfügung stehen. Damit die von der Landesregierung bereitgestellten Fördermittel schnell und einfach abgerufen werden können, wollen wir künftig auf einer Fördermittelplattform die Informationen gebündelt und nutzerfreundlich bereitstellen. Zudem werden wir bis 2030 die digitale Antragstellung, Bearbeitung und Dokumentation auf alle relevanten Förderverfahren ausweiten, um eine zügige Umsetzung von Projekten zu ermöglichen.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Wir haben bis Ende 2027 als Land maßgebliche Beiträge für die Ende-zu-Ende-Digitalisierung einer föderalen Beschleunigungsplattform im BImSch-Bereich geleistet und dabei die eigenen digitalen Strukturen in der Gewerbeaufsicht ausgebaut.

- Anlagenbetreiber sollen ihre Informationspflichten zukünftig digital mittels der in Rheinland-Pfalz entwickelten Onlinedienste Emissionsmessberichterstattung-Online (EMBE) und Immissionsschutz Online (IO) erfüllen. Das Land Rheinland-Pfalz betreibt die Dienste für die eigene Gewerbeaufsichtsverwaltung sowie für die nachnutzenden Ländern in der EMBE und IO-Allianz.
- Das Land leistet seinen Beitrag für den Aufbau einer Beteiligungs-Governance für die föderale Beschleunigungsplattform für Planungs-, Genehmigungs- und Betriebsprozesse. Die Governance wird zwischen Bund und Ländern abgestimmt und bildet die organisationale Grundlage der Länderkooperation.
- Das digitale Behördenwerkzeug „OZG-Management“ soll zu einem Ende-zu-Ende-Gateway im Bereich der Gewerbeaufsicht in Rheinland-Pfalz werden. Die Gewerbeaufsicht setzt sich für eine kontinuierliche Weiterentwicklung ein.

Bis Ende 2027 stehen weitere Förderverfahren im Umweltbereich digital und damit effizient und nutzerfreundlich zu Verfügung.

- Das Land Rheinland-Pfalz sorgt dafür, dass die landwirtschaftliche Betriebsdatenbank (LBD) zur Umsetzung der allgemeinen Agrarförderung angepasst wird, so dass die digitale Abwicklung der forstlichen Förderung zur Anpassung des Waldes an den Klimawandel („Waldförderwerk“) der Bewilligungsstelle zur Verfügung steht. Es umfasst spezifische Förderatbestände wie zum Beispiel die Wiederbewaldung, die Waldpflege und die Maßnahmen zur Bewältigung von Extremwetterschäden im Wald im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) als digitales Angebot. Hiermit wird auch die Struktur zur Realisierung eines Service für die vollständige digitale Antragstellung für Waldbesitzende geschaffen.

- Zunächst werden Mitarbeitende der Bewilligungsstellen, später dann auch ausgewählte Mitarbeitende des Landesbetriebs Landesforsten im Rahmen eines Changemanagements an die digitale Abwicklung der Forstlichen Förderung herangeführt und geschult.
- Für kleine, bisher nicht digitalisierte Förderverfahren im Bereich Umwelt werden Umsetzungskonzepte erarbeitet.

Bis Ende 2027 schöpfen wir durch eine stärkere Nutzung das Potenzial von KI in den Bereichen Naturschutz, Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft, Klimaschutz und Mobilität besser aus.

- KI hilft, den Folgen des Fachkräftemangels besser zu begegnen und unterstützt die Erreichung unserer Umweltziele. Daher wird die Fach-KI im Umweltsektor gefördert und entwickelt. Die Umweltverwaltung fördert und beteiligt sich an KI-Methoden- und KI-Anwendungsentwicklungen im Bereich Naturschutz, Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft, Klimaschutz und Mobilität.
- Die Umweltverwaltung fördert und entwickelt Methoden- und Anwendungsentwicklungen für die eigene Verwaltungsarbeit. Die Umweltverwaltung baut die eigenen KI-Kompetenzen durch eine gezielte Personalentwicklung aus. Neue KI-Methoden- und KI-Anwendungen entlasten die Umweltverwaltung und tragen dadurch auch hier zur Bewältigung des Fachkräftemangels bei.
- Die Wasserwirtschaftsverwaltung fördert Forschungsk Kooperationen im KI-Bereich. Die Ergebnisse der Förderung und Beteiligungen werden im Umweltsektor im Einsatz sein und leisten dabei einen Beitrag für die Erreichung der Umweltziele.

/ Zukunftsfähigkeit des Staates sicherstellen

/ Resiliente Verwaltung

Der digitale Staat basiert auf einer krisenfesten und resilienten Verwaltung und antizipiert Krisen. Gut ausgebildete Mitarbeitende und digitale Ausstattung sichern dies.

Die Digitalisierung kann uns unterstützen, Bedrohungen für unsere Sicherheit, die Umwelt, unseren Zusammenhalt und unsere Gesundheit frühzeitig zu erkennen und sie zu vermeiden. Nicht jede Krisensituation kann jedoch verhindert werden. Dann kommt es darauf an, dass die Landesverwaltung reaktionsfähig ist – auch hier hilft Digitalisierung.

Die Digitalisierung unterstützt eine effiziente Organisation der Verwaltung. Digitale Geschäftsprozesse in der E-Akte oder in den Fachanwendungen stärken die Resilienz der Verwaltung, indem sie eine ortsunabhängige und gleichzeitige Bearbeitung von Vorgängen erlauben. Zudem werden durch die Digitalisierung Daten verfügbar, die mithilfe einer guten Analyse helfen können, Risiken zu erkennen. Wir setzen uns zum Ziel, dass gerade Polizei, Justiz, Brand- und Katastrophenschutz sowie Öffentlicher Gesundheitsdienst über die erforderlichen Daten verfügen und für deren Analyse bestens ausgestattet sind. Die Digitalisierung soll auch dabei helfen, dass diese Informationen im Bedarfsfall in integrierten Leitstellen ebenenübergreifend zur Verfügung stehen.

Auch über besonders im Fokus stehende Behörden hinaus gilt: Die Verwaltung braucht eine gute IT-Infrastruktur, um resilient und souverän zu sein. Wir führen daher die Konsolidierung des IT-Betriebs fort und entwickeln Kriterien und Prozesse für IT-Beschaffungen strategisch weiter, um Be-

schaffungsbedarfe stärker zu bündeln. Innerhalb der Leitplanken einer gemeinsamen IT-Architekturrichtlinie wird die Landes-IT so stärker standardisiert. Damit reduzieren wir auch die Komplexität unseres Cyber- und Informationssicherheitsmanagements.

Mit der RLP-Cloud haben wir eine eigene private Lösung und damit eine gute Grundlage für die Nutzung von Cloud-Technologien geschaffen. Zusätzlich setzen wir auf die Angebote, die im Rahmen der Deutschen-Verwaltungscloud-Strategie entstehen und verstärken die Koordination zwischen den Landesministerien zu diesem Thema. Bei diesen Aktivitäten steht unsere digitale Souveränität im Fokus: Mitarbeitende und Behörden sollen ihre Rollen in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben können. Wir möchten die Verringerung bzw. einen bewussten Umgang mit den Abhängigkeiten zwischen der Verwaltung und privaten IT-Anbietern erreichen, u. a. durch die vorrangige Beschaffung von Open-Source-Lösungen sowie die Befähigung der Mitarbeitenden.

Neben der Bereitstellung der rlp-Cloud 2.0 als eine eigene souveräne Cloud auf Basis von Open-Source-Technologie mit einem Betrieb beim zentralen IT-Dienstleister des Landes (LDI), erfolgt im Rahmen eines PoC die Untersuchung zur möglichen Nutzung einer sicheren Cloud eines Superscalers aus Deutschland im Sinne einer verteilten

Architektur mit On-Premise-Betriebs-Anteilen im LDI und Betriebs-Anteilen in der Cloud eines Dienstleisters. Dies geschieht unter Einbindung des LfDI und dient damit neben der technischen Evaluierung vor allem auch der Bewertung eines

auf dieser Basis möglichen datenschutz- und IT-sicherheitskonformen Betriebs. Das Ergebnis dieses PoC hat höchste Relevanz bei der weiteren Positionierung des Landes in Bezug auf einen künftigen Cloud-Betrieb.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2026 verabschieden wir eine verbindliche Cloud-Governance und haben eine Migrationsstrategie für dafür geeignete Fachanwendungen der Landesverwaltung definiert. Dabei wird berücksichtigt, dass die Entscheidung über eine mögliche Migration immer eine Einzelfallbetrachtung unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben des Datenschutzes und der IT-Sicherheit ist.

- Anforderungen für einen Betrieb von Fachanwendungen in der rlp-Cloud 2.0 sind definiert (Cloud-First-Policy) und werden für neu zu beschaffende oder neu zu entwickelnde Fachanwendungen bei Ausschreibungen berücksichtigt.
- Bis Ende 2026 ist für bis zu 30 aktuell eingesetzte Fachanwendungen eine Einzelfallbetrachtung erfolgt, die Kriterien wie Dringlichkeit, Budget und Aufwand, berücksichtigt und mit den beteiligten Behörden und dem LDI abgestimmt ist.
- Bis Ende 2027 ist das im LDI angesiedelte Cloud Center of Excellence (CCoE) des Landes der Ansprechpartner für Cloud-Fragestellungen der Landesbehörden. Das Team berät bei konkreten Anfragen zur rlp-cloud 2.0, aber auch zu Angeboten der govdigital, der Deutschen Verwaltung-cloud und im Allgemeinen zu Cloud Services.

Bis Ende 2027 sind dafür geeignete Fachanwendungen erfolgreich in die rlp-Cloud 2.0 migriert und ein Kosten- und Performancevergleich zum bisherigen Vorgehen liegt vor.

- Die Migration folgt der bis Ende 2026 definierten Migrationsstrategie und startet mit den 15 am höchsten priorisierten Fachanwendungen.

Bis Ende 2027 ist der Proof of Concept für den Souveränen Arbeitsplatz mit 300 Nutzenden erfolgreich abgeschlossen und die Bewertung der Einsatzbarkeit und resultierenden Einschränkungen liegt vor.

- Bis Anfang 2027 ist eine Analyse der Abhängigkeiten inkl. Risikoeinschätzung und Darstellung von Vor- und Nachteilen des Status Quo und möglicher Alternativen abgeschlossen. Auf dieser Grundlage wird bis Ende 2027 ein Proof of Concept durchgeführt.

/ Datenbasierte Steuerung und Digitale Prozesse

Der digitale Staat nutzt Daten, um strategisch und vorausschauend zu handeln, um Prozesse zu automatisieren und um Entscheidungen konsequent zu verfolgen und kontinuierlich zu verbessern. Zudem bietet der digitale Staat den Menschen digitale und – wenn möglich – automatisierte Services, die durch Nutzerorientierung und Gestaltung des Rechtsrahmens einfach und effizient sind.

Digitalisierung ermöglicht durch zielgerichtete Analyse relevanter Daten bessere Entscheidungsgrundlagen. Eine strukturierte und möglichst automatisierte Auswertung von Daten entlastet Mitarbeitende von manuellen Tätigkeiten. In verschiedenen Fachbereichen der rheinland-pfälzischen Verwaltung gibt es bereits etablierte Ansätze, um mit Daten die Steuerungsfähigkeit der Landesregierung zu erhöhen, bspw. bei Rettungsdiensten oder in der Wasserwirtschaft. Diese Erfahrungen zeigen, dass datenbasiertes Steuern möglich ist, wenn es eine Dateninfrastruktur gibt, eine vertiefte Auseinandersetzung mit den verfügbaren Daten erfolgt sowie gezielt entsprechende Kompetenzen etabliert werden.

Unser Ziel ist es daher, eine flächendeckende, leistungsfähige und verlässliche Dateninfrastruktur für die Sammlung, Verarbeitung und Analyse der Verwaltungsdaten aufzubauen. Damit das gelingen kann, ist es wichtig, Daten zu standardisieren und ihre Qualität u. a. hinsichtlich Eindeutigkeit, Einheitlichkeit und Korrektheit zu sichern. Es ist auch unser Ziel, die Mitarbeitenden mitzunehmen, ihre Kompetenzen und Qualifikationen für die Datenarbeit zu fördern und das Bewusstsein für die Chancen zu schärfen.

Zurecht erwarten die Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft und Wissenschaft, dass Verwaltungsleistungen und Genehmigungsverfahren digital abgewickelt werden. Wir möchten daher

Verwaltungsverfahren ambitioniert zu service-orientierten und digitalen Dienstleistungsprozessen transformieren, durch die auch die Verwaltung effizienter arbeiten kann. Dazu möchten wir die (rechtlichen) Grundlagen für digitale Prozesse optimieren und die Standardisierung sowie neue technische Möglichkeiten für qualitativ bessere und effizientere Verfahren nutzen. Daher verbessern wir die Digitaltauglichkeit des Rechts und prüfen die Erschließung von „Law-as-Code“-Methoden.

Standardisierung erreichen wir, indem wir – wann immer möglich und sinnvoll – bestehende Lösungen nachnutzen. Das betrifft bspw. die Umsetzung des OZG, bei dem wir die gemäß dem „Einer-für-Alle“-Prinzip (EfA) entwickelten Fokusleistungen sowie gemeinsam genutzte Basiskomponenten wie beispielsweise das Nutzerkonto Bund (BundID) priorisieren. Ebenso stärken wir die Standardisierung über die bestehende Antrags- und Prozessplattform und die konsequente Erstellung und Nachnutzung von Stamminformationen des Föderalen Informationsmanagements (FIM).

Ein Qualitäts- und Effizienzsprung wird letztlich nur gelingen, wenn Verfahren Ende-zu-Ende und gemäß den Prinzipien Once-Only sowie One-Stop bzw. sogar No-Stop gestaltet werden. Die Prinzipien bedeuten, dass die Verwaltung durchgängig digital, vernetzt und dadurch proaktiv arbeitet. Verwaltungsverfahren sollen vom Kontakt mit

den Antragstellenden über die Vorgangsbearbeitung bis hin zum Vollzug möglichst vollständig und medienbruchfrei digital ablaufen (Ende-zu-Ende). Antragstellende sollen ihre Daten künftig nur noch einmal bei der Verwaltung eingeben müssen (Once-Only) und verschiedene Leistungen gebündelt erhalten (One-Stop) bzw. proaktiv angeboten bekommen (No-Stop).

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 werden wir mit der Erprobung der digitalen Gesetzgebung in ausgewählten Bereichen einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum medienbruchfreien, interoperablen und elektronischen Gesetzgebungsprozess erreichen, wodurch Gesetze von Anfang an digital gedacht, maschinenlesbar und direkt in Verwaltungsverfahren einsetzbar werden.

- Bis Ende 2026 werden wir die Möglichkeiten der Erprobung des Law-as-Code-Ansatzes in ausgewählten Bereichen bewerten. Hierbei soll ein digitaler Gesetzgebungsprozess erschlossen werden, der relevante Handlungsfelder adressiert und auch bei zukünftigen technologischen und gesetzgeberischen Entwicklungen einen Handlungsrahmen bieten kann.
- Bis Ende 2027 werden wir in ausgewählten Bereichen in der Erprobung Gesetzestexte digitaltauglich formulieren und maschinenlesbar erstellen. Dazu werden moderne Prüfkriterien (Prüfkriterien zur Ermittlung der Digitaltauglichkeit von Rechts- und Verwaltungsvorschriften (Digitalcheck) Rheinland-Pfalz) erfüllt und wenn möglich durch digitale Werkzeuge unterstützt, wie z.B. eLexa.

Bis Ende 2027 stärkt das Land die Nutzung von Daten zur vorausschauenden Planung, zur evidenzbasierten Steuerung und zur transparenten Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen.

- Bis Mitte 2027 werden digitaltaugliche Mindeststandards für die Datennutzung und für Datenformate bestimmt und festgelegt. Die Mindeststandards werden durch eine Analyse aktueller und zukünftiger Anforderungen bestimmt. Die Analyse wird während des Prozesses genutzt, um Prüfungen durchzuführen und den Ablauf gezielt zu steuern. Die Mindeststandards sorgen für eine verwaltungsebenenübergreifende Interoperabilität innerhalb und über die Organisationsgrenzen der Verwaltung hinaus und schaffen damit eine Grundlage für die Automatisierung von Verwaltungsprozessen.
- Bis Ende 2027 werden wichtige Handlungsfelder zum Aufbau der datenorientierten Verwaltung identifiziert und Empfehlungen für die zuständigen Ressorts zur Verfügung gestellt, um ein datenorientiertes Selbstverständnis der Verwaltung nachhaltig zu festigen. Zusätzlich werden Kriterien für Monitoring und Reporting bestimmt, um während des Prozesses eine Prüfung und Steuerung zu ermöglichen.
- Bis Ende 2027 werden zudem Kompetenzen zu den Themen Datenverwendung und Prozessoptimierung vermittelt. Dazu wird in jedem Ressort ein Experte oder eine Expertin zur Befähigung im Umgang mit Daten etabliert. Die Experten und Expertinnen werden gemäß dem Multiplikatoren-Prinzip in diesen Themen geschult. Mittelfristig ist eine flächendeckende Kompetenz in der Verwaltung erforderlich.
- Bis Ende 2027 wird außerdem die Umsetzung der bundesseitig angestrebten Trennung von Fachverfahren und Registern kontinuierlich weitergeführt und durch koordinierte Maßnahmen und begleitende Change-Prozesse unterstützt. Beteiligte Personen werden identifiziert, mit Informationen versorgt und in den Prozess eingebunden.

/ Kooperatives Handeln

Der digitale Staat nutzt die Kooperationswege des digitalen Zeitalters. Die Zusammenarbeit mit Bürgern, Kommunen und Wirtschaft steigert Effizienz und Transparenz.

Zukunftsfragen erfordern interdisziplinäre Antworten. Für uns ist die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit der Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft sowie mit der Europäischen Union (EU), Bund, Ländern und Kommunen von zentraler Bedeutung. Wir möchten die Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen, indem wir digitale Kanäle für den öffentlichen Diskurs nutzen und gezielt Meinungen zu anstehenden Entscheidungen der Landesregierung bzw. Verwaltung einholen. Auch bei der Weiterentwicklung dieser Digitalstrategie und der Digitalpolitik des Landes beteiligen wir die digitale Zivilgesellschaft fokussiert.

Verwaltungsleistungen werden auch von Unternehmen genutzt. Die digitale Verwaltung wird damit zum Standortfaktor. Planungs- und Genehmigungsverfahren sind für viele Modernisierungs- und Klimaschutzvorhaben der Unternehmen von hoher Bedeutung. Bietet der Staat hier effizientere Verfahren an, so profitiert die digitale Transformation in anderen Bereichen. Um auch die Stärken der vielen Start-ups im Bereich der Verwaltungsmodernisierung für Rheinland-Pfalz zu nutzen, werden wir die Zusammenarbeit mit dem GovTech Campus ausbauen.

Eine große Bedeutung für die Digitalisierung der Verwaltung hat auch die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsebenen: EU, Bund, Länder und Kommunen. Wir begleiten Gesetzgebungs- und Regulierungsvorhaben, bspw. zur Regulierung

von KI auf EU-Ebene oder auf der Bundesebene zur Weiterentwicklung und Evaluierung des OZG oder des Registermodernisierungsgesetzes. Wir koordinieren ebenen- und länderübergreifend, insbesondere im IT-Planungsrat und im OZG-Verbund-Mitte.

Für die Menschen sind die Kommunen oft die zentrale Anlaufstelle zur Verwaltung. Gleichzeitig sind in vielen Kommunen die Kapazitäten für die Digitalisierung knapp. Angebote wie der eGov-Campus an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften (DUV) Speyer oder der KommunalCampus sind schon jetzt wichtige Elemente, um die Eigenleistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhöhen. Wir möchten den Dialog zur Verwaltungsdigitalisierung zwischen dem Land und den Kommunen ausbauen.

Kurzfristige Ziele dieses Dialogs sind:

- die Erweiterung und Verbesserung der Kommunikation des digitalen Produktportfolios, das das Land bereits den Kommunen anbietet, und die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kooperationen
- die Stärkung eines gemeinsamen Vorgehens und das Ausloten des Bedarfs zentraler IT-Verfahren und Prozesse für zentrale Aufgaben
- die Eruierung des Unterstützungsbedarfs der interkommunalen Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen der Ende-zu-Ende-Digitalisierung, der Registermodernisierung und der Cybersicherheit, bspw. in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR).

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Bis Ende 2027 bewirkt der weitere Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit im Kontext der Nachnutzung von OZG-Leistungen nach dem EfA-Prinzip und der Entwicklung von eigenen Antragsprozessen mit der APP/ eGOVernor sowie der Digitalisierung der Schnittstellen innerhalb der (interkommunalen) Antragsbearbeitung einen deutlichen Mehrwert und Schub für eine ganzheitliche und medienbruchfreie Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

- Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände wollen die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) in Rheinland-Pfalz landesweit ausbauen. Interkommunale Zusammenarbeit hat das Potenzial, auf den Ausbau der Digitalisierung und den erkannten Fachkräftebedarf eine nachhaltige Antwort zu geben. IKZ kann die Aufgabenwahrnehmung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sichern.
- Aus Sicht der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände stellen sich Kooperationen insbesondere in den Bereichen der Verwaltungsdigitalisierung, (z.B. bei der digitalen Abwicklung von digitalen Massenverfahren wie beispielsweise in den Feldern Elterngeld, Wohngeld sowie KFZ-Zulassungen), der Cybersicherheit, bei der Stärkung des Brand- und Katastrophenschutzes sowie in Back-Office-Bereichen – also in Bereichen ohne bzw. mit wenigen Bürgerkontakten – als besonders erfolgversprechend dar. Darüber hinaus wird jedoch das gesamte kommunale Tätigkeitsspektrum im Rahmen der IKZ einer finanziellen Unterstützung grundsätzlich zugänglich sein. Mit interkommunaler Zusammenarbeit können sowohl qualitative wie auch quantitative Effekte für die kommunale Leistungserbringung erzielt werden. Einige Beispiele sind die Sicherstellung der Leistungserbringung trotz Fachkräftemangel, die Stärkung der Resilienz, Spezialisierungsgewinne sowie die Aufrechterhaltung einer hohen Servicequalität und Bürgernähe.

/ Organisationsupgrade

Mitarbeitende erhalten eine sinnstiftende Arbeit und ein attraktives Arbeitsumfeld durch digitale Ausstattung, Qualifikation und moderne Arbeitskultur.

Die Digitalisierung soll nicht nur zu mehr Effizienz führen, sie soll auch –und ganz besonders – neue Angebote für die Mitarbeitenden schaffen. Unser Anspruch ist es, dass die Mitarbeitenden der Landesverwaltung einen digitalen Arbeitsplatz haben, von einem umfangreichen Fort- und Weiterbildungsangebot profitieren und eine moderne Arbeitskultur erleben. An einem modernen, digital ausgestatteten Arbeitsplatz steht den Mitarbeitenden leistungsstarke Hardware zur Verfügung. Nutzerfreundliche Software erlaubt ihnen papierloses, mobiles Arbeiten sowie einfache Zusammenarbeit. Die zur Verfügung stehende Software unterstützt sowohl die Bearbeitung fachlicher Prozesse als auch die agile Kommunikation und Vernetzung der Mitarbeitenden – über Ressortgrenzen hinweg. Wir führen daher flächendeckend neue Standard-Komponenten für die Zusammenarbeit ein und entwickeln diese kontinuierlich weiter.

Die Digitalisierung bietet für Qualifikation sowie Fort- und Weiterbildung gleich mehrere Möglichkeiten, die wir nutzen möchten. Erstens können digitale Kanäle Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeitenden niedrigschwelliger zugänglich machen, indem sie Präsenzschulungen ersetzen bzw. sinnvoll ergänzen. Für die digitalen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen seiner Mitarbeitenden baut das Land digitale Kanäle und Lernplattformen aus und führt einen Tag der digitalen Weiterbildung ein. Zweitens kann die Digitalisierung das Qualifikationsmanagement und die strategische Personalplanung unterstützen.

Angesichts des Erfordernisses der Verwaltung vernetzt zu handeln, sind diverse Qualifikationen und Fähigkeiten für die Landesverwaltung strategisch wichtig. Mithilfe der Digitalisierung gelangen wir zu einem besseren Überblick über vorhandene Kompetenzen und können die berufliche Entwicklung unserer Mitarbeitenden besser unterstützen. Drittens schulen wir Mitarbeitende in neuen digitalen Anwendungen und für die Digitalisierung wichtigen Kenntnissen. Die Digitalisierung unterstützt auch das Wissensmanagement und hilft dabei, vorhandenes Wissen strukturiert, barrierefrei und niedrigschwellig aufzubereiten.

Wir wollen auch eine moderne Arbeitskultur etablieren und die Arbeitgeberattraktivität des Landes stärken. Die GGO der Landesregierung sieht bereits das agile Arbeiten vor. Agiles Arbeiten fördert Vertrauen, Fehlerkultur, gute Ideen und die multiprofessionelle, ressortübergreifende Zusammenarbeit. Eine entsprechende Ausrichtung unterstützt auch die Arbeitgeberattraktivität der Verwaltung, die mit der Wirtschaft im Wettbewerb um Fachkräfte steht. Im Zusammenhang von Agilität und Arbeitgeberattraktivität besteht eine größere Offenheit für Rotationen innerhalb der Verwaltung sowie für Querwechsler – das heißt für Menschen mit Berufserfahrung in der Wirtschaft oder im Dritten Sektor, die einen Wechsel in die Verwaltung anstreben. Für dieses Ziel ist auch die digitale Ausrichtung der Arbeitgebermarke des Landes inklusive digitaler Karriereplattformen eine wichtige Grundlage.

Unsere Etappenziele und unsere Aktivitäten

Um sich als attraktiver Arbeitgeber besser für die Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung zu positionieren, führt die Landesregierung bis Ende 2027 eine ressortübergreifende Arbeitgeberrachmarke, ein nutzerfreundliches Karriereportal und ein rein elektronisches Verfahren zur Personalgewinnung ein.

- Das neue Karriereportal wird das Land Rheinland-Pfalz als Arbeitgeber sichtbarer und die vielfältigen verschiedenen Berufsgruppen bekannter machen. Die Ansprache erfolgt zielgruppenspezifisch, um unterschiedliche Berufsgruppen effektiv zu erreichen.



Bis Ende 2027 haben wir die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden der Landesverwaltung – insbesondere im Bereich der Digitalkompetenzen – systematisch und einheitlich ausgebaut, um die Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen unserer Mitarbeitenden zu verbessern.

- Mit der Einführung eines Standard-Kompetenzrahmens für alle maßgeblichen Positionen in der Landesverwaltung systematisieren und vereinheitlichen wir die Erwartungshaltung und Anforderungen an die Kompetenzen der Mitarbeitenden der Landesverwaltung. Ein Curriculum für den Aufbau und die Weiterentwicklung digitaler Kompetenzen für Mitarbeitende der Landesverwaltung zeigt zukünftig für alle Mitarbeitenden einen Fortbildungspfad für ihre Rolle auf.
- Ein vereinfachter Buchungs- und Beantragungsprozess ermöglicht es Mitarbeitenden, ohne großen Aufwand Schulungen zu beantragen.

Bis Ende 2027 haben wir erste Schritte für eine ressortübergreifende Standardisierung und Bündelung von Expertise im Bereich Prozess-, Projekt- und Wissensmanagement unternommen, um die Umsetzung von Aktivitäten effizienter und effektiver zu gestalten.

- Wir prüfen die Beschaffung von Landeslizenzen für entsprechende Softwareprogramme und nehmen sie – wo möglich und wirtschaftlich sinnvoll – auch vor. Wir prüfen zudem die Einrichtung einer ressortübergreifenden Beratungsstelle entsprechend der Beratungs- und Organisationskompetenzzentren in anderen Bundesländern.
- Wir haben einheitliche Projektmanagement-Standards für die Durchführung ressortübergreifender Projekte und für eine einheitliche Dienstleistersteuerung definiert.

/ Querschnittsthemen

Um in den vier zentralen Handlungsfeldern die Voraussetzungen für eine umfassende und nachhaltige Digitalisierung zu schaffen, müssen wir zusätzlich fünf Querschnittsthemen angehen, die für die erfolgreiche Umsetzung der Digitalstrategie entscheidend sind: Wir sorgen für eine gut ausgebaut digitale Infrastruktur; wir bringen digitale Identitäten in die Breite; wir schaffen die Grundlagen für ein datenorientiertes Handeln; wir sorgen für ein angemessenes Maß an Cyber- und Informationssicherheit und wir nehmen die gesellschaftlichen Auswirkungen von Zukunftstechnologien in den Blick.

/ Digitale Infrastruktur

Ein wichtiger Baustein der Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz ist der flächendeckende Ausbau von leistungs- und zukunftsfähigen digitalen Netzen. Durch den kontinuierlichen Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen wir sicherstellen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz unabhängig von ihrem Wohnort von der Digitalisierung profitieren und einen uneingeschränkten Zugang zu digitalen Angeboten und Services erhalten. Deshalb haben wir bereits in der 2020 verabschiedeten „Gigabit-Strategie für Rheinland-Pfalz“ die Bereiche Breitband und Mobilfunk zusammengeführt.

Für viele ist das Smartphone ein alltäglicher Begleiter. Dessen Potenzial erfordert ortsunabhängige, verbesserte Versorgungsqualität im Mobilfunk und eine erweiterte Netzabdeckung. Wir werden in enger Zusammenarbeit mit den Mobilfunknetzbetreibern bis 2030 in ganz Rheinland-Pfalz den neuesten Mobilfunkstandard flächendeckend und zuverlässig ausbauen. In den rheinland-pfälzischen Mobilfunkpakten (2022 & 2025) haben wir uns auf konkrete Ziele verständigt. Zur Nachverfolgung des Ausbaufortschritts sind wir mit den Netzbetreibern in engem Austausch und wollen relevante Informationen zur Mobilfunkversorgung allen Interessierten zur Verfügung stellen. Bereits jetzt werden viele Landesliegenschaften als Standorte für Mobilfunkmasten genutzt. Im Dialog mit regionalen Entscheiderinnen und Entscheidern streben wir eine stärkere Nutzung von kommunalen Standorten an.

Standortsuche und Genehmigungsverfahren dauern häufig länger als erwartet. Grund dafür sind eine Vielzahl von Akteuren, unklare Zuständigkeiten sowie Unsicherheiten und Vorbehalte der

Bürgerinnen, Bürger, und kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern vor Ort. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst und setzen auf mehr Dialog und Beteiligung, bspw. mit dem Runden Tisch Mobilfunk oder der Clearingstelle Mobilfunk. So können wir Herausforderungen schneller identifizieren und Probleme zeitnah lösen. Schnelles Internet ist auch ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und eine wesentliche Grundlage für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der digitalen Gesellschaft. Deshalb schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass alle Endnutzenden über einen gigabitfähigen Internetanschluss durch Glasfaser verfügen können.

Wir wollen sicherstellen, dass die Förderprogramme von Bund und Land zum Breitbandausbau weiterhin zielgenau eingesetzt werden und den eigenwirtschaftlichen Ausbau dort, wo es notwendig ist, klug ergänzen. Daneben wollen wir fortlaufend prüfen, wie wir schnellere und bürokratieärmere Planungs- und Entscheidungsprozesse dort einführen können, wo es sinnvoll und notwendig ist. Ein wesentlicher Aspekt für den schnellen Glasfaser-Ausbau ist die Vernetzung der beteiligten Akteure. Diese fördern wir seit Jahren mit Dialogformaten, um möglichst früh Herausforderungen zu identifizieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Die Glasfaseranbindung endet am Haus-Übergabepunkt. Bei längeren Kabelstrecken zum Router muss der Eigentümer eine Inhouse-Verkabelung vornehmen. Bei landeseigenen Gebäuden kann das Land die Inhouse-Verkabelung beim Aufbau des RLP-Netzes selbst umsetzen. Bei anderen öffentlichen Gebäuden, wie bspw. Schulen, wird das Land unterstützend tätig.

Unser Etappenziel und unsere Aktivitäten:

Bis Ende 2027 haben wir die Mobilfunk-Versorgungslücken in den ländlichen und topografisch anspruchsvollen Gebieten in RLP auf Basis der Ausbaupflichten des Bundes und Vereinbarungen in einem neuen Mobilfunkpakt weiter geschlossen.

- Im September 2025 wurde ein neuer Mobilfunkpakt gemeinsam mit den Mobilfunknetzbetreibern und den Tower-Companies mit konkreten Maßnahmen bis Ende 2027 geschlossen. Der Pakt sieht neben konkreten, den Ausbau unterstützenden Maßnahmen und Erleichterungen insgesamt über 2.000 Maßnahmen vor.
- Darüber hinaus wird zusammen mit dem Pakt ein Memorandum of Understanding in Bezug auf die spezifischen Anforderungen an die Stromanbindung von Mobilfunkmasten geschlossen, der durch die Stromnetzbetreiber geschlossen werden wird.

Das OZG-Breitbandportal wird bis Ende 2027 durch die nachnutzenden Länder gemeinsam um weitere, zielführende Funktionalitäten und Genehmigungsarten ergänzt worden sein.

- Eine integrierte Kartenfunktion (GIS) mit wichtigen geografischen Daten erleichtert den Genehmigungsbehörden die Entscheidung, da Firmen ihre Baupläne direkt digital hochladen können. Auch die Kommunikation wird einfacher: Rückfragen lassen sich schnell und direkt im Portal klären und der gesamte Austausch wird nachvollziehbar gespeichert. Zudem können andere öffentliche Stellen direkt über das Portal in den Prozess einbezogen werden, was das gesamte Verfahren zusätzlich beschleunigt. Gemeinsam mit den nachnutzenden Ländern wird im Nachnutzungssteuerungskreis überlegt, wie das Portal weiterentwickelt werden kann.

Das Digitale-Infrastruktur-Portal (DIP) wird zusammen mit der Mobilfunk-Toolbox bis Ende 2027 um weitere Funktionalitäten ergänzt, um zukünftig noch mehr Schritte digital anbieten zu können und die Nutzung zu steigern.

- Damit alle am Ausbau der digitalen Infrastrukturen beteiligten Akteure gleiche und hochwertige Informationen erhalten, hat das Land das Digitale-Infrastruktur-Portal (DIP) eingerichtet. Es bündelt alle wichtigen Daten für den Ausbau des Festnetzes und des Mobilfunks an einem zentralen Ort und verlinkt für den Ausbau relevante Werkzeuge wie die Mobilfunk-Toolbox und die Möglichkeit einer digitalen Antragstellung für Fördermaßnahmen im Bereich des Glasfaserausbaus. Das Portal soll perspektivisch um weitere Funktionalitäten weiterentwickelt werden.
- In der Mobilfunk-Toolbox sind die Unterstützungs- und Vermittlungsangebote des Landes für die Stakeholder im Mobilfunkausbau in einer zentralen Online-Auswahl öffentlich zugänglich. Damit bietet Rheinland-Pfalz schon heute wichtige Orientierung und konkrete Hilfsangebote in einem komplexen Handlungsfeld. Aktuell stehen sieben Werkzeuge in der Toolbox zur Verfügung, u.a. Hinweise zur Verfügbarkeit von Landesliegenschaften und Schritt-für-Schritt-Erklärungen zur Realisierung von Mobilfunkanlagen. Letztere werden auf Grundlage der laufenden Änderungen der entsprechenden Rechtsgrundlagen (Gigabit Infrastructure Act und TKG-Reform) angepasst. Die Hinweise zur Verfügbarkeit von Landesliegenschaften werden durch einen Zugang zu Geodaten ergänzt.

/ Digitale Identitäten

Nicht nur für die digitalen Angebote der öffentlichen Verwaltung, sondern auch der Wirtschaft und in anderen gesellschaftlichen Bereichen bilden digitale Identitäten die Grundlage für einen sicheren und vertrauenswürdigen Zugang. Mit der eID-Funktion des elektronischen Personalausweises verfügen die Bürgerinnen und Bürger bereits über einen sicheren elektronischen Identitätsnachweis, den sie zur web-basierten Authentifizierung einsetzen können. Diese Online-Ausweisfunktion findet sich auch auf dem elektronischen Aufenthaltstitel sowie der eID-Karte für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union.

In Rheinland-Pfalz ist es uns wichtig, dass sich die Menschen sicher in der digitalen Welt bewegen und hierbei datensparsame und anwendungsfreundliche Identitätsnachweise bzw. Authentifizierungsmöglichkeiten nutzen können. Daher wollen wir einen Beitrag zu einem zukunftssicheren Ökosystem digitaler Identitäten leisten, indem wir die breit angelegte Nutzung der eID-Funktion bei Verwaltungsleistungen, in Geschäftsprozessen (bspw. im Bereich Online-Banking, E-Commerce, Versicherungen oder Krankenkassen) sowie deren Verknüpfung mit weiteren staatlichen oder privaten Nachweisen (z.B. elektronische Ehrenamtskarte, Studierendenausweis oder Kulturpass) unterstützen. Wir wollen entsprechende Pilotprojekte fördern, die unterschiedliche Nutzungsszenarien der Online-Ausweisfunktion in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufzeigen.

Wir orientieren uns an europäischen Initiativen und werden gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund die Umsetzung eines zukünftigen Ökosystems digitaler Identitäten in Deutschland und Europa konzipieren. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Vermeidung von Insellösungen. Unsere Landes- und Kommunalbehörden wollen wir zum Thema digitale Identitäten beraten und bei der Umsetzung der eIDAS-Verordnung unterstützen. Zudem sollen die ELSTER-Zertifikate und -Identifikationslösungen, z. B. Elster MUK zur Authentifizierung im Rahmen der E-Rechnung Rheinland-Pfalz genutzt werden können. Durch die Bereitstellung zentraler Infrastruktur- und Basiskomponenten für ein Ökosystem digitaler Identitäten gewährleisten wir eine Interoperabilität auf bundesweiter und europäischer Ebene.

Wir können für dieses Querschnittsthema derzeit keine Etappenziele definieren, da der Bund und die EU aktuell mit neuen Programmen (D-Architektur, D-Stack und EUDI-Wallet) die Rahmenbedingungen für dieses Thema verändern. Wir arbeiten im föderalen Kontext gemeinsam mit Bund und Ländern an Lösungen, die dann zukünftig länderübergreifend genutzt und wirtschaftlich betrieben werden können, wobei sie die höchstmöglichen Synergieeffekte erzielen sollen.

/ Digitale Daten

Wir wollen den wachsenden digitalen Datenschatz nutzbar machen, um nachhaltigen Wohlstand zu sichern und ökologische sowie soziale Innovationen zu ermöglichen. Dabei orientieren wir uns an europäischen und nationalen Initiativen zum Aufbau eines gemeinsamen europäischen Datenraumes. Wir verfolgen die Bereitstellung von Daten der öffentlichen Hand (Open Data) konsequent und unterstützen auch Wirtschaft und Wissenschaft, die Innovationspotenziale von Daten-Ökosystemen zu erschließen. Mit geschlechtersensibel aufbereiteten offenen Daten unterstützen wir Initiativen, den Gender-Data-Gap zu schließen.

Seit 2013 stellen wir auf der Transparenz- und Offene-Daten-Plattform des Landes Rheinland-Pfalz Open- Informationen und offene Daten bereit. Wir haben als erstes Flächenland ein Transparenzgesetz verabschiedet und eine Transparenz-Plattform geschaffen mit dem Ziel, den Menschen, Unternehmen und Start-Ups in Rheinland-Pfalz einen unkomplizierten und schnellen Zugang zu Informationen aus Politik und Verwaltung zu ermöglichen. Neben dem Ansatz, unbearbeitete maschinenlesbare Daten des Landes umfassend und in standardisierter Qualität und Form verfügbar zu machen, soweit sie nicht sensibel oder personenbezogen sind, wollen wir mit besonderer Priorität Daten mit einem großen Nutzwert bereitstellen und hierbei gezielt ein

Augenmerk auf die Datennutzerinnen und -nutzer legen, indem wir die Bedarfe verschiedener Nutzergruppen in Rheinland-Pfalz berücksichtigen. Die Verwaltungsmitarbeitenden wollen wir bei der Bereitstellung unterstützen und ihre Datenkompetenz steigern.

Darüber hinaus wollen wir den Aufbau sicherer Daten-Ökosysteme unterstützen. Hierbei handelt es sich in der Regel um geschlossene Infrastrukturen, in denen Daten sicher, vertrauensvoll und datenschutzkonform ausgetauscht werden können. Dabei behalten die Mitglieder eines Datenraumes die Kontrolle über die Fremdnutzung ihrer Daten. In Rheinland-Pfalz schließen wir uns den nationalen und europäischen Vorarbeiten zum Aufbau interoperabler Datenräume in einem sicheren Daten-Ökosystem an.

Ein lokales Anwendungsbeispiel für sichere Daten-Ökosysteme sind Smart Cities bzw. Smart Regions, deren Konzept auf die Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner abzielt. Dabei werden Smart-City-Datenplattformen eingesetzt, um unterschiedliche technische Systeme intelligent zu vernetzen, Daten sicher und rechtskonform auszutauschen und diese Daten übergreifend zu nutzen. Sensor-Daten von smarten Mülleimern übermitteln bspw. den Füllstand in Echtzeit an kommunale oder private Abfallentsorgungsbetriebe und ermöglichen es, Routen effizienter zu planen.

Unser Etappenziel und unsere Aktivitäten:

Um Unternehmen, Forschende, Bürgerinnen und Bürger besser zu informieren und zu unterstützen, veröffentlichen wir bis Ende 2027 zusätzliche Datensätze aus den in der Open-Data-Strategie priorisierten Themenfeldern, stellen erste Datensätze als „Linked-Open-Data“ zur Verfügung und geben auf unserer Transparenz- und Offene-Daten-Plattform des Landes Rheinland-Pfalz mit einer Sammlung guter Beispiele Anregungen für die gewinnbringende Nutzung offener Daten.

- Wir konzentrieren uns bei der Veröffentlichung auf besonders hochwertige und breit nutzbare Datensätze, die wir gemäß den Prinzipien „Open by Default“ und „Open by Design“ zur Verfügung stellen.
- Zusätzlich treiben wir den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Offene Daten in der Landesverwaltung voran. Einer der ersten Schritte wird es sein, dass eine technische Dokumentation als Nachschlagewerk für Datenbereitsteller veröffentlicht wird, um so den Kulturwandel im Land zu unterstützen und die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit zu fördern.

Bis Ende 2027 werden wir einen nahezu flächendeckenden Bestand digitaler Informationen über verkehrsrelevante Einschränkungen und Ereignisse (insbesondere aktuelle Baustellen-, Umleitungs- und Polizeimeldungen) auf den Portalen des Landes (Mobilitätsatlas, Transparenz- und Offene-Daten-Plattform des Landes Rheinland-Pfalz) und dem Bundesportal (Mobilithek) zur Verfügung stellen, um Verkehrsteilnehmenden und Dienstleistenden eine bessere Fahrt- und Reiseplanung zu ermöglichen und um Genehmigungsprozesse zu erleichtern.

- Die Landesregierung arbeitet zur Erreichung dieses Ziels an der technischen Weiterentwicklung und der sukzessiven Erweiterung der Inhalte (zum Beispiel E-Mobilität) des Mobilitätsatlas, um Datenqualität, -umfang und -verfügbarkeit zu erhöhen. Dazu gehören unter anderem Informationen zu Baustellen im rheinland-pfälzischen Straßennetz, die möglichst flächendeckend digital zur Verfügung stehen sollen (Stand: 31.12.2024 enthält das System ca. 40 Prozent der kommunalen Meldungen). Den Kommunen und anderen Akteuren, die über solche Informationen verfügen, werden verschiedene Wege angeboten, die Daten zu erfassen und zu liefern. Die Erfahrungen zeigen, dass der Verwaltungsaufwand durch die Digitalisierung spürbar sinkt. Gemeinsam mit den anderen Ländern und den Service Providern arbeitet das Land außerdem daran, die Berücksichtigung von Verkehrseinschränkungen und Vorgaben in den Navigationssystemen zu verbessern.

Um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz bspw. in der Biotechnologie und den Life Sciences zu intensivieren, werden wir die Forschung an unseren Wissenschaftseinrichtungen bis Ende 2027 durch gezielte Projekte weiter stärken.

- Wir unterstützen unsere Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei der Umsetzung innovativer Forschungsvorhaben zum Einsatz Künstlicher Intelligenz. Die Weiterentwicklung von Infrastrukturen im Bereich des High Performance Computing fördern wir gezielt.

/ Cyber- und Informationssicherheit

Je digitaler Rheinland-Pfalz wird, desto wichtiger wird unsere Resilienz im Informations- und Cyberraum. Das gilt nicht nur für die Landesverwaltung, sondern auch für die Unternehmen des Landes, für unsere kritische Infrastruktur (KRITIS) – z. B. in der Energie- und Gesundheitsversorgung, für Hochschulen und andere Lerneinrichtungen – sowie für Bürgerinnen und Bürger. Weil Cyber- und Informationssicherheit uns alle angeht, hat die Unterstützung von Sicherheitsmaßnahmen, die Prävention und das Erkennen sowie die Bekämpfung und Abwehr von Sicherheitsbedrohungen und -vorkommnissen im digitalen Raum für uns eine hohe Priorität.

Wir stärken unsere Resilienz durch einen ganzheitlichen Ansatz. Er umfasst die Vorbeugung von Cyberangriffen (Prävention), die Feststellung von Sicherheitsvorfällen (Detektion) und das Eingreifen im Ernstfall (Reaktion). Dabei teilen wir uns – je nach Fähigkeiten – diese Aufgaben innerhalb der Landesverwaltung, aber auch mit vielen weiteren Akteuren auf. Ein kontinuierlicher Ausbau der Zusammenarbeit, eine angemessene Ressourcenausstattung sowie geteilte Informationen über aktuelle Bedrohungslagen, konkrete Schutzmaßnahmen und deren ernsthafte Umsetzung sind Grundlage unseres Handelns.

Um der zunehmenden Komplexität der Cyber- und Informationssicherheit Rechnung zu tragen, bauen wir nachhaltige Strukturen auf. Cyber- und Informationssicherheit nachhaltig zu verankern heißt für uns, sie in einer zunehmend digitalen und vernetzten Welt als integralen Bestandteil von Beginn an mitzudenken und angemessen zu berücksichtigen. Auch rechtliche und politische Vorgaben sowie verbindliche Standards der EU, des Bundes, des IT-Planungsrats oder des Landes können dazu beitragen, gemeinsam Antworten auf eine veränderte Bedrohungslage im Cyberraum zu entwickeln. Die IT-Konsolidierung der Landesverwaltung ist daher eine wichtige Grundlage für unsere nachhaltige Resilienz.

Hinter der Sicherheit und Verlässlichkeit jedes IT-Systems steht ein funktionierender und dauerhafter Prozess, bei dem das System auf Schwachstellen geprüft und nötige Anpassungen vorgenommen werden. Analog zu Feuerwehr oder zum Katastrophenschutz werden wir deshalb auch den digitalen Ernstfall regelmäßig üben. So überprüfen wir die Wirksamkeit unserer Anstrengungen und können dort, wo es nötig ist, nachsteuern.



Unser Etappenziel und unsere Aktivitäten:

Um im Falle von Cyberangriffen und IT-Sicherheitsvorfällen schnelle kompetente Hilfe zu erhalten, baut das Land bis Ende 2027 einen Cyber-Notruf speziell für die öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz auf, der allen Behörden von Land und Kommunen rund um die Uhr zur Verfügung steht.

- Aufgrund der zunehmenden Cyberangriffe sollen Behörden des Landes und der Kommunen auch die Möglichkeit erhalten, auch außerhalb der Betriebszeiten des CERT-rlp und des CERT-kommunal-rlp schnelle Hilfe nach einem erheblichen Cyber-Sicherheitsvorfall erhalten zu können. Nach Eintritt eines Vorfalls unterstützen Spezialisten des CERT-rlp bei einer ersten Analyse sowie der Einleitung weiterer Maßnahmen.

Bis Ende 2027 hat das Land die Kooperation mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) intensiviert.

- Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedrohungslage und dem Ausbau des BSI zu einer Zentralstelle für Cybersicherheit in Deutschland wird die bestehende Kooperation um weitere Maßnahmen ergänzt.

/ Zukunftstechnologien

Das Querschnittsthema umfasst die menschenzentrierte und nachhaltige Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Zukunftstechnologien, die das Potenzial haben, etablierte Geschäftsmodelle, Branchen, Märkte aber auch unsere Zivilgesellschaft grundlegend und nachhaltig zu verändern. Sie bringen oft innovative Lösungen für ein konkretes Problem, Effizienzsteigerungen oder völlig neue Produkte und Dienstleistungen mit sich. Gleichzeitig können Zukunftstechnologien etablierte Unternehmen und Praktiken herausfordern. Aktuelle Beispiele für solche Technologien sind KI, Quantentechnologie oder Biotechnologie.

Zukunftstechnologien sind bedeutende Innovations- und Wachstumstreiber für die rheinland-pfälzische Wirtschaft und stellen gleichzeitig die Weichen für gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Deshalb werden wir disruptive Veränderungen, die durch Zukunftstechnologien entstehen, aktiv begleiten und im Interesse der Menschen steuern. Als Landesregierung setzen wir uns dafür ein, neue Technologien zielgerichtet und barrierefrei – das heißt zur Entlastung der Verwaltung und zur Steigerung der Qualität für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen – einzusetzen.

Disruptive Veränderungen durch Zukunftstechnologien sind nicht frei von Risiken. Oft entstehen rechtliche und ethische Implikationen sowie neue

Fragestellungen für die Vermittlung von Kompetenzen. Auf diese Weise können Zukunftstechnologien auch ungewollte und unbekannte Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Beispielsweise beim Einsatz von KI stellen sich in einigen Anwendungsbereichen Fragen, die die gesamte Gesellschaft betreffen. So z. B. beim autonomen Fahren: Wenn ein Unfall unvermeidbar ist, kann es für die zugrundeliegende KI zu einer Abwägungsentscheidung kommen, welche beteiligten Personen stärker geschützt werden sollen als andere. Nach welchen Bewertungsmaßstäben soll sie sich dabei richten? Wer haftet für diese Abwägungsentscheidung? Oder beim KI-Einsatz zum Erkennen von Krankheiten: Wer übernimmt die Verantwortung, dass die für die Diagnose eingesetzte KI richtig trainiert wurde?

Es ist unser Anspruch, die Implikationen auf die Gesellschaft bei allen Zukunftstechnologien umfassend und kritisch zu begleiten, um Vertrauen und Transparenz zu stärken. Oft wird Rheinland-Pfalz allein keine Antworten auf die entstehenden Fragen liefern können. Deshalb stimmen wir uns in der Landesregierung eng ab und bemühen uns um den engen Austausch mit der EU, dem Bund und anderen Ländern. So setzen wir uns beispielsweise für eine umfassende ethische Regulierung von KI auf EU-Ebene ein.

Unser Etappenziel und unsere Aktivitäten:

Bis Ende 2027 hat das Land Künstliche Intelligenz in viele Prozesse integriert und damit die Prozesse beschleunigt.

- Die Künstliche Intelligenz unterstützt die Mitarbeitenden der Landesverwaltung im Arbeitsalltag. Durch die Integration wird ein wichtiger Schritt unternommen, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken und die Prozesse innerhalb der Landesregierung zu optimieren. Wir wollen bis 2027 die entsprechenden Impulse für die gesamte Landesverwaltung setzen, beispielsweise durch die Einführung von ressortübergreifenden Regelungen zum Einsatz von KI. Außerdem schaffen wir damit die Voraussetzungen für mehr digitale Souveränität. Darüber hinaus sorgen wir für den Kompetenzaufbau bei unseren Mitarbeitenden und setzen Artikel 4 der EU-KI Verordnung um.
- Zu den konkreten Maßnahmen gehört die Einführung eines KI-Verzeichnisses, die Einführung einer LLM on-premise Plattform in Rheinland-Pfalz, der Aufbau einer Schulungsplattform für KI-Anwendungen in Rheinland-Pfalz und der Ausbau des Kompetenzzentrums für KI (CC-KI) im LDI.

Bis Ende 2027 hat das Land einen Prozess etabliert, Zukunftstechnologien frühzeitig zu identifizieren und deren Potenzial für den Einsatz in der Landesverwaltung zu bewerten. Damit einher geht der Aufbau eines ressortübergreifenden Innovationsmanagements.

- Um dieses Ziel zu erreichen, wird bis 2027 die Gründung eines zentralen Innovationsmanagement- Teams im Digitalministerium und der Aufbau einer Schulungsplattform für Zukunftstechnologien in Rheinland-Pfalz angestrebt.

Bis Ende 2027 hat das Land einen Prozess implementiert, ethische Gesichtspunkte von Zukunftstechnologien zu bewerten und Leitplanken, beispielsweise zum Umgang mit Hochrisiko-KI-Systemen, humanoiden Robotern und menschenzentrierter KI erlassen.

- Für die Unterstützung dieses Prozesses wird ein Ethikrat gegründet, der auch mitverantwortlich für die Ausformulierung und Integration der Ethik-Leitplanken für Künstliche Intelligenz sein wird. Das Land wird sich bei der Implementierung dieses Prozesses an den Vorgaben des EU AI Act orientieren.

/ Governance und Weiterentwicklung: Unser Umsetzungskonzept

Um unsere inhaltlichen Schwerpunkte umsetzen und unsere Strategie an sich schnell verändernde Gegebenheiten anpassen zu können, wollen wir auch für den richtigen institutionellen Rahmen sorgen. In diesem Kapitel legen wir dar, wie wir die Governance, das Monitoring, die Finanzierung und die Weiterentwicklung der Strategie planen.

Governance

Um eine gemeinsame ressortübergreifende Strategie erfolgreich umsetzen zu können, ist eine stärkere zentrale Steuerung notwendig. Unsere **rlp-Digital-Governance** wurde gemeinsam mit den Ressorts vertiefend ausgearbeitet und deren Leitlinie im Dezember 2024 vom Ministerrat beschlossen. Im Rahmen der fortschreitenden Dynamik im Bereich der Digitalisierung wurde das Organisationsmodell kürzlich mit der Fokussierung auf IT-Standardisierung und der Aufnahme der IT-Ressortrunde zur Etablierung eines IT-Standardisierungsboards, fortgeschrieben. Die **rlp-Digital-Governance** umfasst weiterhin fünf Elemente: 1) ein Organisationsmodell, 2) ein Prozess- und Verfahrensmodell, 3) Leitlinien für die Zusammenarbeit, 4) gemeinsame Regelwerke und 5) die Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen. Diese Elemente richten wir auf die spezifischen Rahmenbedingungen und Anforderungen der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz aus, um so eine zügige Umsetzbarkeit, ein hohes Maß an Praktikabilität und damit eine schnelle Wirkung und einen hohen Wirkungsgrad zu ermöglichen.

1. Unser Organisationsmodell

Unsere Aufbauorganisation soll eine breite Beteiligung der mit der Umsetzung der Digitalstrategie befassten Stellen und Organisationseinheiten auf drei unterschiedlichen Ebenen – **Strategieebene, Steuerungsebene** und **Umsetzungsebene** – dauerhaft sicherstellen. Die Gremien der Strategieebene sind allesamt implementiert und tagen regelmäßig.

Neben der Einbindung bereits bestehender Organisationseinheiten aus der Linienorganisation der Ministerien haben wir hier gezielt neue Stellen zur Steuerung und Fortentwicklung der Digitalstrategie gebildet. Dazu zählt auf der Strategieebene insbesondere der **Digitalrat**, der sich aus externen Digitalexpertinnen und -experten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Partnerinnen und Partnern der Landesregierung zusammensetzt und unter dem Vorsitz des Digitalministers oder der Digitalministerin das zentrale Beratungsgremium der Landesregierung im Bereich der Digitalpolitik bildet. Er begleitet die Digitalisierungsvorhaben der Landesregierung konstruktiv-kritisch und setzt Impulse zur Weiterentwicklung der Digitalisierungsschwerpunkte.

Im ebenfalls auf der Strategieebene angelegten **Lenkungskreis Digitales** treffen die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre ressortübergreifende, richtungsweisende, strategisch-politische Entscheidungen, um die digitale Transformation der Landesverwaltung im Gleichschritt aller Ressorts voranzutreiben und die Zusammenarbeit von Bund, Land und Kommunen im Digitalbereich sicherzustellen.

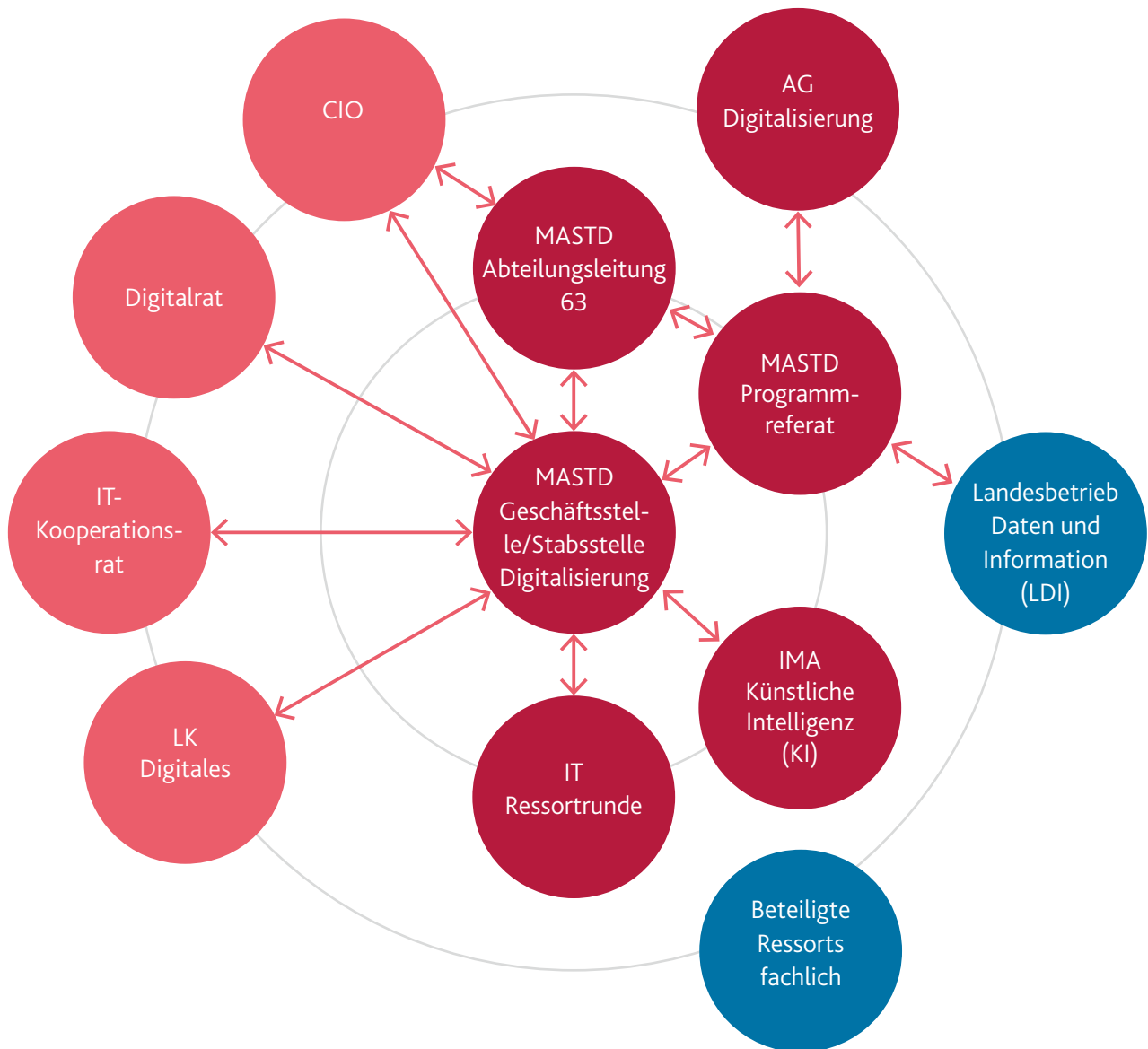
Die Koordinierung der informationstechnischen Zusammenarbeit von Land sowie Gemeinden und Gemeindeverbänden treiben wir mithilfe des **IT-Kooperationsrats** weiter voran und schaffen in der Landesverwaltung die strukturellen Voraussetzungen, um die Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben in jedem Ressort kontinuierlich voranbringen zu können.

Den Einsatz von KI in der Landesverwaltung koordiniert die **Interministerielle Arbeitsgruppe KI**. Ziel ist es, klare Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI in der Landesverwaltung zu schaffen, sodass KI-Anwendungen bedarfsgerecht und ver-

antwortungsvoll genutzt werden und die digitale Transformation der Landesverwaltung effizient und einheitlich weiterentwickelt wird.

Auf der Steuerungsebene ist im Rahmen der Fortschreibung der rlp-Digital-Governance die **IT-Ressortrunde** als Gremium hinzugekommen. Sie besteht aus Mitarbeitenden der Staatskanzlei, der Ministerien und des LDI, übernimmt die Rolle eines IT-Standardisierungsboards und ist so maßgeblich verantwortlich für die IT-Standardisierung in der Landesverwaltung.

Der **Arbeitsgruppe (AG) Digitalisierung** überwacht den Fortschritt der Handlungsfelder der Digitalstrategie und deren Vorhaben aus ressortübergreifender Perspektive auf der Basis der vom Programmreferat bereit gestellten Portfolioinformationen. Aus den Erkenntnissen über den Umsetzungsfortschritt leitet die AG Digitalisierung Maßnahmen zur Empfehlung an den LK Digitales ab, um Umsetzungshindernisse zu beseitigen sowie Synergien zwischen den Projekten / Vorhaben zu identifizieren und zu fördern.



- **Strategieebene:** Impulse setzen, politische Prioritäten bestimmen, Innovationspotenzial identifizieren
- **Steuerungsebene:** Digitalisierungsportfolio managen, Standards setzen und einführen, Aktivitäten des Landes koordinieren und bündeln
- **Umsetzungsebene:** Projekte umsetzen, Dienste betreiben und weiterentwickeln

Abbildung 4: Unser Organisationsmodell.

2. Unser Prozess- und Verfahrensmodell

Um einen effizienten Informationsfluss zwischen allen Beteiligten zu gewährleisten, haben wir die wesentlichen **Prozesse** und **Verfahrensabläufe** zur Umsetzung der Strategie definiert und transparent gemacht. Wir richten unsere Prozesse und Verfahrensabläufe jeweils an einem **Regelkreis** aus, sodass sichergestellt ist, dass sie vom Anfang bis zum Ende gedacht und gelebt werden.

3. Unsere Leitlinien für die Zusammenarbeit

In Bezug auf die **Zusammenarbeitskultur** setzen wir auf den guten Erfahrungen aus vielen Ministerien-übergreifenden Projekten auf, in denen sich ein durch **Transparenz, Verbindlichkeit, Offenheit, Respekt, Sachbezogenheit und Zielorientierung** geprägtes Miteinander etabliert hat. Diese Zusammenarbeitskultur bildet einen wesentlichen Baustein für den Umsetzungserfolg der Digitalstrategie.

4. Unsere gemeinsamen Regelwerke

Dort, wo bereits Gremien oder Geschäftsordnungen bestehen, wollen wir diese nutzen und gegebenenfalls anpassen, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Dort, wo es noch keine gibt, wollen wir sie **möglichst schlank** halten und die Regulierung auf das unbedingt Notwendige beschränken.

5. Unsere Anpassung an die sich ändernden Rahmenbedingungen

Strategie und Governance gleichen wir beständig mit den die Digitalisierung beeinflussenden äußeren und inneren Rahmenbedingungen ab und passen sie im Bedarfsfall an. So stellen wir sicher, dass sich die Umsetzung der Digitalstrategie **an der Lebenswirklichkeit ausrichtet** (siehe dazu auch Abschnitt Weiterentwicklung). Bis 2027 überprüft das für die Digitalisierung zuständige Ressort die Funktionsweise und Effizienz der Governance und entwickelt diese im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Prozesse, Gremien und Verfahrensabläufe agil weiter. Damit ist die rlp-Digital-Governance ein zentraler Baustein moderner Verwaltung und ein Steuerungsansatz, der digitale Transformation systematisch und verantwortungsvoll begleitet.

Damit ist die rlp-Digital-Governance ein zentraler Baustein moderner Verwaltung und ein Steuerungsansatz, der digitale Transformation systematisch und verantwortungsvoll begleitet.

Monitoring

Um den Fortschritt der Digitalstrategie messbar, transparent und damit steuerbar zu machen, haben wir ein **zentrales Monitoring** der Digitalisierungsvorhaben aller Ministerien auf der Steuerungsebene etabliert. Als zentrales Element der Steuerung haben wir hier ein **Portfolio-management** aufgebaut, das alle erheblichen Digitalisierungsvorhaben der Landesregierung mit wesentlichen Kennzahlen erfasst. Dazu zählt der Fortschrittsgrad der Projektumsetzung, der bspw. im landesweiten E-Akte-Einführungsprojekt über den Status der Projektphasen Vorbereitung, Durchführung und Abschluss der einzelnen Behördenprojekte gemessen wird. Hierdurch führen wir erstmals Informationen zu den Digitalisierungsvorhaben aller Ministerien an einer Stelle zusammen und stellen diese für alle Ressorts zur Verfügung. Dazu haben wir in der Weiterentwicklung – wo möglich – den Fokus auf die Verbesserung der Datengrundlage und die Formulierung von klar definierten und messbaren Etappenzielen gelegt, die durch nachvollziehbare Indikatoren regelmäßig überprüft werden. Dies ermöglicht eine Bewertung nicht nur nach direkten Projektergebnissen (Output), sondern nach dem tatsächlichen Mehrwert für die Zielgruppen (Outcome).

Als Basis für die Gewinnung von **Kennzahlen**, die eine standardisierte Datengrundlage voraussetzen –und zur Unterstützung der Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben der Landesregierung – haben wir bereits **Projektmanagementstandards** erarbeitet, die wir beständig weiterentwickeln und den Ressorts zur Anwendung zur Verfügung stellen.

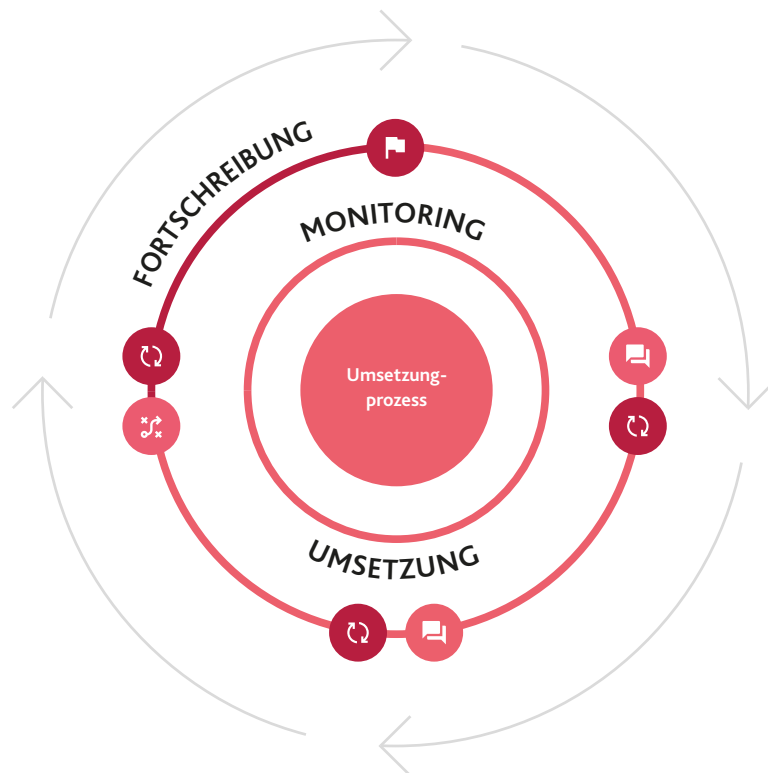
Weiterentwicklung

Die Geschwindigkeit technologischer Entwicklungen ist so hoch, dass wir die stetige, systematische und flexible Weiterentwicklung der Digitalstrategie von Anfang an einplanen wollen. Die zentrale Koordinierung des Prozesses dazu liegt beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung.

Unser Vorgehen zur Weiterentwicklung entspricht einem wiederkehrenden **Zyklus von zwei Phasen**: einer Strategieweiterentwicklungsphase und einer Umsetzungsphase.

Die **erste Strategiephase** ist mit dem Beschluss unserer Digitalstrategie durch den Ministerrat abgeschlossen. Wir haben Etappenziele für die nächsten zwei Jahre formuliert, sie mit Maßnahmen und Projekten hinterlegt und handlungsfeldübergreifend aufeinander abgestimmt. In der **Umsetzungsphase** werden die Projekte fachverantwortlich in den Ressorts und teils ressortübergreifend umgesetzt. Wir stimmen uns regelmäßig in internen Austauschformaten ab, vernetzen so die Ansprechpersonen in den verschiedenen Ressorts noch stärker und führen halbjährliche Bestandsaufnahmen durch, um den Fortschritt unserer Aktivitäten zu überprüfen.

Gegen Ende der Umsetzungsphase beginnt die nächste Phase der Strategieweiterentwicklung auf Grundlage einer ausführlicheren Bestandsaufnahme und damit der **nächste Zyklus zur Weiterentwicklung**.



Ein Zyklus umfasst 2 Jahre



Hier starten wir mit dem Beschluss der Strategie bzw. des Digitalprogramms



Jährliche ressortübergreifende Bestandsaufnahme



Strategietag



Fachaustausch

Abbildung 5: Unser Weiterentwicklungsprozess.

Das Glossar umfasst zentrale Begriffe aus dem Bereich Digitalisierung, die die Grundlage für ein geteiltes Verständnis unserer Digitalstrategie bilden.

Authentifizieren: Prozess der Bestätigung, dass die behauptete Identität tatsächlich korrekt ist („Ich bin ich und das kann ich beweisen“) – z. B. durch Eingeben von Benutzernamen und Passwort, Abgleich mit biometrischen Daten wie Fingerabdrücke oder Gesichtserkennung, mittels Sicherheits-Tokens oder Zertifikat.

Biotechnologie: Einsatz von lebenden Organismen oder ihren Bestandteilen zur Herstellung von Produkten oder zur Lösung von Problemen in verschiedenen Lebensbereichen – z. B. bei der Herstellung von Impfstoffen.

Breitband: Hochgeschwindigkeits-Internetverbindung, die eine große Datenmenge schnell übertragen kann und so den schnellen Zugriff auf verschiedene Online-Dienste, wie Video-Streaming, Cloud-Speicher, Online-Gaming und schnelle Downloads von Dateien ermöglicht.

Building Information Modeling (BIM): Methode zur ressourcenschonenden Planung, Ausführung und Verwaltung von Bauprojekten. Dabei wird ein virtuelles Modell verwendet, das Informationen über die verschiedenen Aspekte des Gebäudes enthält.

Chatbot: Computer-Programm, das mithilfe von KI natürliche Sprache verstehen und darauf antworten kann, um menschenähnliche Konversationen mit Nutzenden zu führen und Informationen bereitzustellen.

Cyberkriminalität/Cybercrime: Illegale Aktivitäten im digitalen Raum mit dem Ziel, z. B. finanziellen Schaden anzurichten, persönliche Daten zu stehlen oder das Funktionieren von Computernetzwerken zu beeinträchtigen – etwa durch Hacking, Phishing, Identitätsdiebstahl oder Verbreitung von Schadsoftware.

Cyberraum: Virtueller Raum aller weltweit auf Datenebene vernetzten bzw. vernetzbaren informationstechnischen Systeme auf Basis des Internets und weiterer Datennetze.⁶

Cyber- und Informationssicherheit: Maßnahmen zum Schutz von Informationen (z. B. in Form von Daten) und der im Cyberraum auf Datenebene vernetzten bzw. vernetzbaren informationstechnischen Systeme.⁷

Dateninfrastruktur: Rechtliche, technische und organisatorische Grundlagen zum Austausch und zur Nutzung von Daten.

Datenkompetenz (Data Literacy): Fähigkeit, Daten kritisch zu bewerten, ihre Zuverlässigkeit zu beurteilen und fundierte Entscheidungen auf ihrer Basis zu treffen.

Daten-Ökosysteme: Zusammenspiel von verschiedenen Akteuren, Ressourcen und Technologien, die an der Erzeugung, Erfassung, Speicherung, Analyse und Nutzung von Daten beteiligt sind. Sie haben das Ziel, daraus Mehrwert und Innovation zu generieren.

⁶ Siehe Cybersicherheitsstrategie für Deutschland 2021, Stand August 2021, Cybersicherheitsstrategie für Deutschland 2021 (bund.de), S. 133.

⁷ Siehe ebd., S. 133 und S. 135.

Datenraum (Europäischer Datenraum): Teil eines Daten-Ökosystems für die sichere und reibungslose Datenbereitstellung und -nutzung. Der Europäische Datenraum zielt auf den Aufbau eines Binnenmarkts für Daten ab, um Innovation, Wirtschaftswachstum und die Umsetzung datenbasierter Lösungen auf europäischer Ebene zu fördern.

Digitale Barrierefreiheit: Gestaltung von digitalen Inhalten und Technologien, die für Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten uneingeschränkt zugänglich und nutzbar sind.

Digitale Identität: Repräsentation einer Person, Organisation oder eines Objekts im digitalen Raum.

Digitale Infrastruktur: Diese besteht aus einem flächendeckenden, glasfaserbasierten Festnetz sowie einem flächendeckenden, leistungsstarken Mobilfunk, anwendungsspezifischen 5G-Netzen und öffentlichen WLAN-Hotspots.⁸

Digitale Kompetenzen: Fähigkeit und Kenntnisse, sich mit digitalen Technologien und Inhalten sicher, verantwortungsvoll und kritisch auseinanderzusetzen und diese zu nutzen.

Digitale Plattform: Technische, organisatorische und rechtliche Infrastruktur, die Nutzende und/oder Dienste verbindet, um eine Interaktion im digitalen Raum zu ermöglichen und zu erleichtern.

Digitale Technologien: Technologien, die auf Software, Hardware und Netzwerken beruhen, um Informationen digital zu verarbeiten.

Digitale Transformation: Prozess, bei dem Gesellschaften digitale Technologien in ihre Geschäftsmodelle und Prozesse integrieren, um Innovation, Effektivität und Effizienz zu fördern.

Digitaler Zwilling: Digitale Repräsentation eines Objekts, Prozesses oder Systems, das in Echtzeit Daten über sein reales Gegenstück sammelt und verarbeitet, um Erkenntnisse gewinnen und Optimierungen vornehmen zu können.

Digitalisierung: Prozess der Umwandlung analoger Informationen, Prozesse oder Systeme in digitale Formate oder auch Integration digitaler Technologien.

Einer-für-Alle-Prinzip (EfA): Zentrales Prinzip für eine schnelle und ressourcenschonende Verwaltungsdigitalisierung. Ein Land oder eine Allianz von Ländern entwickelt und betreibt eine Verwaltungsleistung zentral und stellt diese anschließend den anderen Ländern und Kommunen zur Nachnutzung zur Verfügung.

Ende-zu-Ende-Digitalisierung: Durchgehend digitale und medienbruchfreie Verwaltungsvorgänge – von Kontakt mit Antragstellenden über die Vorgangsbearbeitung bis hin zum Vollzug.

GAIA-X: Europäische Initiative mit dem Ziel, eine sichere und vertrauenswürdige Dateninfrastruktur für den Austausch und die Nutzung von Daten in der EU aufzubauen.

⁸ Siehe Gigabit-Strategie Rheinland-Pfalz, Stand März 2020, <https://gigabit-rlp.de/fileadmin/gigabit/Gigabit-Strategie-pdf>, S. 8.

Gender-Data-Gap: Unzureichende Datenerfassung und -analyse in Bezug auf das Geschlecht, die die Identifikation von geschlechtsspezifischen Unterschieden – in der Regel zuungunsten von Frauen – erschwert (z. B. in der Medizin, bei der Produktgestaltung oder bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes).

Gigabit-Infrastruktur: Netzwerk, das in der Lage ist, Daten mit einer Geschwindigkeit von mindestens einem Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s) zu übertragen und in der Regel auf Glasfaserkabeln basiert.

Governance: Gesamtheit von Regeln und Mechanismen zur Steuerung, Überwachung und Entscheidungsfindung, um Verantwortlichkeit, Transparenz und effektive Entscheidungsprozesse sicherzustellen.

Green-IT: Energie- und ressourceneffizient gestaltete Informationstechnologie (IT).

Hybride Lehr- und Lernformate: Mischung aus traditionellem Präsenzunterricht und Online-Elementen, um Lernenden eine flexible und individualisierte Lernerfahrung zu ermöglichen.

Informationssicherheitsmanagement-System (ISMS): Verfahren, Regeln und Prozesse, um unter Anwendung eines Risikomanagements die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Informationen zu sichern.

Internet-of-Things (IoT): Vernetzung von physischen Objekten, die über das Internet miteinander kommunizieren können – z. B. Smart-Home-Anwendungen wie Thermostate, die über eine App gesteuert werden, um die Temperatur manuell oder automatisiert zu regulieren und Verbrauchsdaten zu überwachen.

Interoperabilität: Fähigkeit verschiedener Systeme und Geräte, nahtlos miteinander zu kommunizieren, Informationen auszutauschen und zusammenzuarbeiten.

IT-Konsolidierung: Strategischer Prozess zur Vereinheitlichung und Integration der verschiedenen IT-Infrastrukturen in der Verwaltung.

Künstliche Intelligenz (KI): Teilgebiet der Informatik und Überbegriff für Anwendungen, bei denen Maschinen menschenähnliche Intelligenzleistungen erbringen. Darunter fallen u. a. Algorithmen des regelbasierten Lernens, das maschinelle Lernen (Machine Learning) und das Verarbeiten natürlicher Sprache (Natural Language Processing). Die Grundidee besteht darin, durch Maschinen eine Annäherung an wichtige Funktionen des menschlichen Gehirns zu schaffen. Diese betreffen das Lernen, Urteilen und Problemlösen.

Lab/Labor: Physische Räume oder Programme, in denen gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren in einem geschützten Rahmen mittels kollaborativer und agiler Arbeitsmethoden innovative Lösungen für komplexe Probleme erarbeitet werden. Andere Begriffe sind Innovationslabor, Transformationslabor oder themenspezifische Labs sowie KI-Labor.

Mitarbeitende (des Landes): Alle Personen, die für eine öffentliche Dienststelle (der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz) arbeiten. Dies umfasst alle Statusgruppen: Beamtinnen und Beamte, Tarifbeschäftigte, Auszubildende sowie Anwärtinnen und Anwärter.

Mobiles Arbeiten: Durchführung beruflicher Tätigkeiten unabhängig von einem festen Arbeitsort.

Mobilitätsdaten: Informationen aus verschiedenen Quellen des Mobilitätssektors, die Einblicke in das vorhandene Mobilitätsangebot und das Verhalten, die Bewegungsmuster und die Nutzung von Verkehrsmitteln liefern, um bspw. Verkehrsplanung, Verkehrssicherheit oder individuelle Reiseentscheidungen zu verbessern.

Monitoring: Kontinuierliche Überwachung eines Systems, Prozesses oder Zustands, um relevante Daten oder Informationen zu sammeln und mögliche Veränderungen, Fehler oder Abweichungen zu erkennen.

Once-Only: Einmalige Erfassung einer Information und Weiterverwendung dieser, um redundante Eingaben zu minimieren.

One-Stop-Shop: Prinzip zur Organisation eines nutzenorientierten Verwaltungszugangs mittels eines zentralen Anlaufpunkts, der verschiedene Dienstleistungen, Informationen oder Transaktionen an einem Ort bündelt.

Open Data: Daten, die frei zugänglich sind und ohne Einschränkung für unterschiedliche Zwecke verwendet werden können.

Open Educational Resources (OER): Frei zugängliche, kostenlose und oft anpassbare Bildungsressourcen mit offener Lizenzierung, wie Arbeitsblätter, Präsentationen oder Videos.

Onlinezugangsgesetz (OZG): Gesetz zur Digitalisierung des Zugangs oder zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsdienstleistungen.

Quantentechnologie: Einsatz von quantenmechanischen Prinzipien, um neue Technologien zu entwickeln, die eine verbesserte Leistungsfähigkeit bei der Berechnung, Kommunikation oder Sensorik ermöglichen.

Resilienz: Fähigkeit eines Systems, einer Person oder einer Organisation, sich an Veränderungen anzupassen, Herausforderungen zu bewältigen und Krisen zu antizipieren.

Single-Sign-on: Authentifizierungsverfahren, bei dem eine einmalige Anmeldung genügt, um auf verschiedene Systeme, Anwendungen oder Dienste zuzugreifen.

Smart-Building-Technologien: Einsatz von vernetzten Sensoren, intelligenten Systemen und Automatisierungstechnologien, um Gebäude effizienter, sicherer und komfortabler zu machen sowie Ressourcen – wie Energie, Wasser und Raum – optimal nutzen zu können.

Smart City/Smart Region: Sammelbegriff für Entwicklungskonzepte von Städten und Regionen, in denen fortschrittliche Technologien der Datenerhebung und -verarbeitung eingesetzt werden, um die Lebensqualität für ihre Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern.

Smart Grid: Intelligente Stromnetze, die mit dem Einsatz fortschrittlicher Technologien den effizienten Austausch von Energie zwischen Stromerzeugern, -verbrauchern und Speichersystemen ermöglichen.

Start-up: Junges Unternehmen mit innovativen Ideen und einem hohen Wachstumspotenzial.

Weißer Flecken: Gebiete, in denen keine flächen-deckende Versorgung mit mindestens 30 Mbit/s im Download zuverlässig vorhanden ist⁹ (Breit-band), bzw. Gebiete, die von keinem Netzbetrei-ber mit 4G oder 5G 5G DSS versorgt werden. Funklöcher sind dagegen Gebiete, die mit keiner Technologie (auch nicht 2G) versorgt werden (Mobilfunk).¹⁰

Zukunftstechnologien: Disruptive Technologien, die das Potenzial haben, etablierte Geschäfts-mo-delle, Branchen, Märkte, aber auch unsere Zivilge-sellschaft grundlegend zu verändern, wie z. B. KI, Biotechnologie und Quantentechnologie.

⁹ Siehe Gigabit-Strategie Rheinland-Pfalz, Stand März 2020, <https://gigabit-rlp.de/fileadmin/gigabit/Gigabit-Strategie-pdf>, S. 57.

¹⁰ Siehe Gigabit-Strategie der Bundesregierung, Stand: 13.07.2022: https://bmdv-bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/gigabitstrategie-pdf?__blob=publicationFile, S. 13.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Struktur unserer Digitalstrategie.

Abbildung 2: Unsere Handlungsfelder und Querschnittsthemen.

Abbildung 3: Unsere Dialogformate.

Abbildung 4: Unser Organisationsmodell.

Abbildung 5: Unser Weiterentwicklungsprozess.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|--|
| AG | Arbeitsgruppe |
| BIM | Building Information Modeling |
| BNE | Bildung für Nachhaltige Entwicklung |
| BSI | Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik |
| CERT-rlp | Computer Emergency Response Team Rheinland-Pfalz |
| DFKI | Deutsches Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz |
| DIP | Daten-Informations-Plattform |
| DUV | Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften |
| EfA | Einer-für-Alle-Prinzip |
| EFRE | Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung |
| ELSTER | Elektronische Steuererklärung |
| EU | Europäische Union |
| FIM | Föderales Informationsmanagement |
| GGO | Gemeinsame Geschäftsordnung |
| IoT | Internet-of-Things |
| ISMS | Informationssicherheitsmanagement-System |
| IT | Informationstechnologie |
| KI | Künstliche Intelligenz |
| KMU | Kleine und mittlere Unternehmen |
| KRITIS | Kritische Infrastruktur |
| LBB | Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung |
| LDI | Landesbetrieb Daten und Information |
| MINT | Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik |
| NFDI | Nationale Forschungsdateninfrastruktur |
| OER | Open Educational Resources |
| OZG | Onlinezugangsgesetz |
| RARP | Rechenzentrumsallianz Rheinland-Pfalz |
| RFID | Radio-Frequency Identification |
| RfII | Rat für Informationsinfrastrukturen |
| RLP | Rheinland-Pfalz |
| SDG | Sustainable Development Goals |
| SGB | Sozialgesetzbuch |
| SMGW | Smart-Meter-Gateway |
| WLAN | Wireless Local Area Network |
| ZIDKOR | Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz |

Bildnachweise

Staatskanzlei RLP / Kay (S.5)
MASTD /Jülich (S.5)
iStock/miniseries (S. 7)
iStock/FatCamera (S. 27)
iStock/Mr Vito (S. 29)
Pexels/ThisIsEngineering (S. 31)
iStock/AleksandarNakic (S. 40)
iStock/dardespot (S. 47)
iStock/VINKO MURKO (S. 62)
iStock/Franziska & Tom Werner (S. 73)

/ Impressum

Sie wollen mehr erfahren?

Unter folgendem QR-Code finden Sie die ausführliche Version der Digitalstrategie.



Herausgeber

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz

Bauhofstr. 9
55116 Mainz

Internet: www.digital.rlp.de
Kontakt: info@digital.rlp.de

Gestaltung

Scholz & Volkmer GmbH, Wiesbaden

